

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1998

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

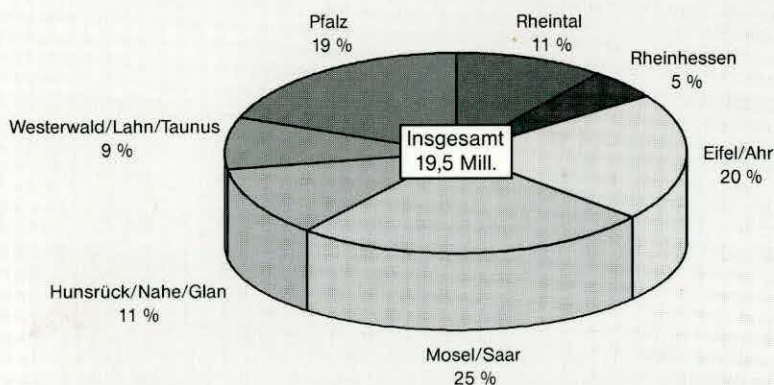
September

Oktober

November

Dezember

Übernachtungen im Fremdenverkehr 1997
Anteile der Fremdenverkehrsgebiete



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 109/98/M

Statistisches Landesamt

Inhalt

Regionale Schülerprognose 1995 bis 2010	145	Das Modell der regionalen Schülerprognose für die allgemeinbildenden Schulen wurde auf Basis des Schuljahres 1995/96 aktualisiert. Die für die einzelnen Schularten erwarteten Entwicklungen werden auf Landesebene dargestellt.
Die regionale Bedeutung des Fremdenverkehrs 1997	152	Die unterschiedlich strukturierten Fremdenverkehrsgebiete, Landkreise, Verbandsgemeinden und bedeutenden Gemeinden werden vorrangig mittels der Fremdenverkehrsintensität und den aus ökonomischer Sicht wichtigen Übernachtungszahlen beleuchtet.
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen	159	Nach den bereits erschienen Beiträgen über die Verdienststruktur vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird hier besonders auf die Situation teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen eingegangen.
Anhang	41 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	47 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen

Bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung werden, anders als bei den übrigen Lohnstatistiken, auch die Verdienste und verdienstbestimmenden Merkmale teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer erfragt. In den rheinland-pfälzischen Betrieben des produzierenden Gewerbes, des Handels sowie des Kredit- und Versicherungsgewerbes arbeitete im Oktober 1995 etwa jeder zehnte Beschäftigte als Teilzeitkraft. Dabei handelt es sich um die sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten der Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten, deren vertragliche Arbeitszeit unter der betriebsüblichen lag.

Von den Modellen reduzierter Arbeitszeit machten immerhin 31 % der Frauen Gebrauch, während der Anteil der teilzeitbeschäftigten Männer lediglich 3 % betrug. Damit sind 79 % der knapp 50 000 teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer des Erhebungsbereichs Frauen. Die Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung war im Dienstleistungsbereich größer als im produzierenden Gewerbe und wurde bei Angestellten häufiger beobachtet als bei Arbeitern. 27 % aller Angestellten des Dienstleistungsbereichs waren teilzeitbeschäftigt. Bei den weiblichen Angestellten des Handels, die mehr als ein Drittel aller Teilzeitkräfte ausmachen, lag diese Quote sogar bei 45 %.

Die 39 300 teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen erzielten bei einer vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich 23,4 Stunden einen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2 266 DM. Die gesetzlichen Abzüge von 826 DM führten zu einem Nettoverdienst von 1 440 DM. Die Bruttomonatsverdienste lagen im produzierenden Gewerbe bei einer 0,3 Wochenstunden kürzeren Arbeitszeit um 250 DM über denen des Dienstleistungsbereichs. Das Bruttogehalt der Angestellten übertraf die Löhne der Arbeiterinnen des gesamten Erhebungsbereichs sogar um über 400 DM monatlich. Die höchsten Verdienste konnten im Bereich der chemischen Industrie (3 118 DM) erzielt werden, während das Ledergewerbe (1 697 DM) trotz der längsten vereinbarten Arbeitszeit von 25,3 Wochenstunden das Schlußlicht im verarbeitenden Gewerbe bildete. ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 159.

Führerscheinprüfungen

– Rheinland-Pfälzer am besten vorbereitet –

Im Jahre 1997 wurden in Rheinland-Pfalz von den technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr insgesamt 190 282 theoretische und praktische Führerscheinprüfungen abgehalten. Das sind 3,2 % weniger als im Vorjahr.

Rund 81 % der Prüfungsteilnehmer haben die theoretische Prüfung bestanden, anteilmäßig so viele wie in keinem anderen Bundesland. Auch für den praktischen Teil waren die Rheinland-Pfälzer bestens vorbereitet; 78 % der Führerscheinanwärter haben diesen erfolgreich abgeschlossen (Bundesdurchschnitt: 74 %). Drei Viertel der Prüfungen betrafen die Führerscheinklasse 3 (Pkw). Die verbleibenden Fahrerlaubnisprüfungen verteilten sich zu 18 % auf die Klassen 1, 1a und 1b (Kraftwagen und Leichtkraftwagen), 4 % auf die Klasse 2 (Lkw) und 2,7 % auf die Klassen 4 und 5. schm

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Mai		Ver- ände- rung
	1997	1998	
	Mill. DM		%
Landessteuern	468,7	672,1	43,4
Vermögensteuer	32,2	19,3	- 40,1
Erbschaftsteuer	- 22,0	56,5	X
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	17,5	74,2	323,2
Kraftfahrzeugsteuer	325,8	393,5	20,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	80,2	85,2	6,2
Feuerschutzsteuer	0,7	8,9	X
Biersteuer	34,3	34,5	0,7
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen¹⁾	2 214,8	2 398,8	8,3
Lohnsteuer	2 065,7	2 131,7	3,2
Veranlagte Einkommensteuer	- 206,2	- 276,5	X
Kapitalertragsteuer	74,7	374,1	400,7
Zinsabschlag	132,6	145,2	9,6
Körperschaftsteuer	148,0	24,2	- 83,6
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 775,7	1 833,2	3,2
Umsatzsteuer	1 393,2	1 412,0	1,4
Einfuhrumsatzsteuer	382,5	421,2	10,1
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	31,9	36,6	14,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	18,5	20,0	8,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	48,7	55,9	14,9
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	-	8,8	X
Insgesamt	4 558,2	5 025,5	10,3

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

Schülerprognose 1995/96 bis 2010/11: vor dem Gipfel des „Schülerberges“

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren deutlich höhere Geburtenzahlen als in den vorhergehenden Jahren zu beobachten. Ursächlich hierfür war auch, daß die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und frühen 60er Jahre nun selbst Kinder bekamen. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich diese Entwicklung der Geburtenzahlen jedoch wieder umgekehrt. Die hieraus resultierende Entlastung des Bildungswesens wird jedoch noch etwas auf sich warten lassen, weil die zahlenmäßig relativ starken Geburtsjahrgänge das Schulsystem erst noch durchlaufen müssen, was je nach Schulart unterschiedlich lange dauert.

Der Höhepunkt der Entwicklung wird bei den Grundschulen bereits kurz nach der Jahrtausendwende erreicht, die anderen Schularten folgen mit geringer Verzögerung. Der danach einsetzende Rückgang bringt aber nicht unbedingt eine Entlastung mit sich, wenn man das Basisschuljahr 1995/96 zum Vergleichsmaßstab nimmt: Während Grund- und Hauptschulen am Ende des Prognosehorizontes wahrscheinlich weniger Schülerinnen und Schüler haben werden als 1995/96, werden bei Realschulen und Gymnasien immer noch Schülerzahlen erwartet, die um zweistellige Prozentbeträge höher liegen als im Basisschuljahr.

Die trendmäßigen Veränderungen in der Zusammensetzung der Schulentlassungen werden sich voraussichtlich fortsetzen. Der Anteil von Entlassungen mit Sekundarabschluß I wird weiter ansteigen, während die Bedeutung der Abgänge mit Hauptschulabschluß abnimmt. hk

Mehr über dieses Thema auf Seite 145.

Beschäftigungsabbau im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe geht weiter

In den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes wird weiter Personal abgebaut. Die Beschäftigtenzahl lag im März 1998 mit 26 616 um 2,2 % niedriger als vor einem Jahr. Die Zahl der gewerblich Auszubildenden ging um 3,9 % auf 1 265 zurück. Während bei den Fachwerkern und Werkern, also den angelernten Arbeitskräften, ein Anstieg um 5,4 % auf 5 556 verzeichnet wurde, verringerte sich die Zahl der Facharbeiter, Poliere und Meister um 4,8 % auf 14 710. fu

Unterdurchschnittliche Kirschenernte

Die Ertragserwartungen für die Kirschenernte in Rheinland-Pfalz liegen in diesem Jahr etwas höher als im frostgeschädigten Jahr 1997. Sie bleiben aber dennoch unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Ursache hierfür ist die überwiegend naßkalte Witterung zur Zeit der Kirschblüte. Auch die Hitze und Trockenheit im Mai, die zu einem starken Fruchtfall führten, dämpfen die Erwartungen.

Mit einem Baumertrag von nur 11 kg bei Sauerkirschen wird im Marktbobstbau der Durchschnitt der letzten sechs Jahre um 8 kg unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr wird jedoch eine um gut 10 % höhere Erntemenge erwartet. Auch bei den Südkirschen wird bei einem Baumertrag von knapp 14 kg mit einer unterdurchschnittlichen Ernte gerechnet. Der Vorjahresertrag wird hier um 5 kg übertroffen. pt

Die regionale Bedeutung des Fremdenverkehrs 1997

Mit annähernd 6,1 Mill. Gästen (- 0,9 % gegenüber 1996) wurde 1997 im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr das durchschnittliche Gästeaufkommen der Jahre 1990 bis 1996 unterschritten. Am besten schnitten die Fremdenverkehrsgebiete Pfalz, Rheinhessen, Rheintal und Mosel/Saar ab. Die Zahl der Gästeübernachtungen sank - nach den Spitzenergebnissen der Vorjahre - um weitere 5,9 % auf 19,5 Mill. Der langjährige Abwärtstrend bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer setzte sich damit fort. Die Reform des Gesundheitswesens zeigt ihre Wirkungen in der stark rückläufigen Übernachtungszahl in Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten, die ganz überwiegend in den Heilbädern des Landes angesiedelt sind.

Für Rheinland-Pfalz läßt sich eine durchschnittliche Fremdenverkehrsintensität, hierbei wird das Übernachtungsaufkommen auf die Einwohnerzahl bezogen, von 4 868 Übernachtungen je 1 000 Einwohner errechnen. Im Bundesländervergleich nimmt Rheinland-Pfalz damit hinter Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern nach wie vor einen der vorderen Plätze ein. Bereits in der Differenzierung nach Regierungsbezirken ergeben sich Werte von 12 814 (Trier) über 5 455 (Koblenz) bis zu 2 404 (Rheinhessen-Pfalz). Spitzenwerte werden von den Landkreisen Daun (24 869), Cochem-Zell (23 603), Bernkastel-Wittlich (21 633) und Südliche Weinstraße (9 671) erreicht. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 152.

Regionale Schülerprognose 1995 bis 2010

Starke Schwankungen in den Jahrgangsstärken derjenigen Altersgruppen, die für den Schulbesuch in Betracht kommen, können sowohl das vorhandene Schulsystem als auch die Schulplanung vor gravierende Probleme stellen. Einerseits werden gegebenenfalls die vorhandenen schulischen Kapazitäten zeitweise hoch belastet, andererseits muß angestrebt werden, die Schulraum- und Lehrerbedarfsplanung so auszurichten, daß die zu treffenden Entscheidungen auch auf längere Sicht tragfähig bleiben und eine Fehlleitung von Ressourcen vermieden wird. Der Neubau einer Schule etwa ist für den Schulträger eine erhebliche Investition, und derartige Gebäude können nicht in jedem Fall zu geringen Kosten für andere Verwendungszwecke umgewidmet werden. Derzeit befinden wir uns in einer Phase, in der – über mehrere Jahrzehnte gesehen – die demographische Struktur der Bevölkerung merkliche Schwankungen in den Schülerjahrgängen mit sich bringt. Die regionale Schülerprognose des Statistischen Landesamtes erlaubt in ihrer neuen Fassung für den Schulbestand des Schuljahres 1995/96 einen Blick bis zum Jahr 2010. Sie stützt sich dabei auf die Schülerzahlen aus der Schulstatistik und auf die regionale Bevölkerungsprognose, der die nachrückenden Schülerkohorten entnommen werden.

Das Modell erfaßt die allgemeinbildenden Schulen, von den Sonderschulen jedoch nur diejenigen für Lernbehinderte. Es versucht im wesentlichen, die in der Realität vorkommenden Schülerströme abzubilden, soweit sie von relevanter Größenordnung sind.¹⁾ Ausgehend von den Schülerinnen und Schülern des Basisschuljahres (hier: 1995/96) werden zum Schuljahresende Abgänge, Wiederholungsfälle und Vorrücker sowie die Zugänge am Beginn des nächsten Schuljahres geschätzt. Aus diesen Größen läßt sich der voraussichtliche Anfangsbestand im ersten Prognosejahr ermitteln. Für die darauffolgenden Jahre wird entsprechend verfahren, wobei die Fortschreibung jeweils um die neu eingeschulten Kinder ergänzt wird. Die Bewegungsgrößen werden in der Regel aufgrund von Parametern errechnet, die in Form von prozentualen Quoten

als Dreijahresdurchschnitte geschätzt und im Prognosezeitraum konstant gehalten werden. In Ausnahmefällen finden auch Trendextrapolationen statt. Bei Schulen, die in diesem dreijährigen Stützzeitraum neu eröffnet wurden bzw. noch nicht voll ausgebaut waren, kann die Schätzgrundlage lückenhaft sein. Dieses Problem betrifft hier sämtliche regionalen Schulen, das Schulmodell Rockenhausen, die Mehrzahl der integrierten Gesamtschulen, die Realschulen Vallendar und Bellheim sowie die Gymnasien Haßloch und Herxheim. In solchen Fällen wurde versucht, durch Auswertung der aktuellsten Beobachtungen die derzeit gültigen Verhaltensmuster zu erfassen oder, falls möglich, durch Anlehnung an den Landesdurchschnitt gleichartiger, bereits voll ausgebauter Schulen Orientierungswerte zu gewinnen. Wenn – wie bei den Schulentlassungen von regionalen Schulen – noch keinerlei empirische Informationen vorliegen, müssen Schätzwerte aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen angesetzt werden. Abweichend vom Standardverfahren werden die Schülerinnen und Schüler an Schulen für Lernbehinderte durch sogenannte Strukturquoten geschätzt, die den Anteil dieser Kinder an ihrem jeweiligen Altersjahrgang darstellen.

Gegenüber früheren Durchläufen ist das Rechenmodell im wesentlichen unverändert, lediglich bei den integrierten Gesamtschulen und den regionalen Schulen wurde die Abbildung der Übergänge zwischen den Schularten überarbeitet. Bei den integrierten Gesamtschulen waren nach dem bisherigen Prognoseansatz nur Wiederholer und Abgänge als Schülerbewegungskomponenten zugelassen, weil ein „Wechsel der Schulart“ quasi innerhalb einer integrierten Gesamtschule möglich ist, so daß Zugänge und Abgänge zunächst nicht modellierungsbedürftig erschienen. In der neuen Fassung werden nun auch Zugänge von und Übergänge auf andere Schularten in allen Klassenstufen erfaßt. Entscheidend für diese Modellerweiterung war, daß in der Sekundarstufe II einzelner integrierter Gesamtschulen ein erheblicher Zustrom von anderen Schularten verzeichnet wurde. Um mögliche schulspezifische Besonderheiten, die sich auch bei den noch im Aufbau befindlichen Schulen herausbilden könnten, sichtbar und im Modell nachvollziehbar zu machen, wurden sämtliche Schülerbewegungsquoten nach Schulen differenziert. Die meisten dieser Quoten sind jedoch gleich oder nahe Null und nehmen praktisch keinen Einfluß auf den Rechengang.

1) Eine ausführliche methodische Beschreibung des Prognosemodells findet sich in: Matthias Hauk / Hans Libowitzky, „Regionale Schülerprognose Teil 1: Modellkonzeption, Grundschulen, Übergänge auf weiterführende Schulen“, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 2/95, S. 32–39 und Matthias Hauk / Hans Libowitzky, „Regionale Schülerprognose Teil 2: Weiterführende Schulen und Schulentlassungen“, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 4/95, S. 93–103.

Auch bei den regionalen Schulen wurde die Modellstruktur so geändert, daß potentielle Schülerströme möglichst detailliert erfaßt und nachgebildet werden können. Der Grund dafür ist, daß sich das Übergangsverhalten zwischen dem neuen Schultyp und den traditionellen Schularten bisher nur schwer einschätzen läßt und sich zudem im Zeitablauf wandeln kann. Bei der von der Schülerprognose geleisteten Darstellung nach Einzelschulen könnte es wichtig werden, auch Schülerbewegungen einzubeziehen, die auf schulspezifischen Sonderfaktoren beruhen. Daher werden Zugänge von anderen Schularten in der 6. bis 10., Übergänge auf andere Schularten in der 5. bis 10. Klassenstufe erfaßt. Bei den Verhaltensparametern wurden dabei die schulspezifischen Werte verwendet, wenn dies von der Breite der Datengrundlage her bereits vertretbar erschien. Ansonsten wurde der Landesdurchschnitt aller regionalen Schulen eingesetzt; teilweise dienten auch die auslaufenden Hauptschulen, die am selben Ort von regionalen Schulen ersetzt werden, als Orientierungshilfe, indem ihre Quoten übernommen wurden. Daß einmal etablierte Schülerbewegungsmuster durchaus wandelbar sind und deshalb der Beobachtung bedürfen, ist ein Phänomen, das auch bei den herkömmlichen Schularten auftreten kann: In den letzten Jahren sind verstärkt Schülerübergänge aus der 5. Klassenstufe an Realschulen auf Hauptschulen festzustellen. Dies ist vor dem Hintergrund der seit 1991 gültigen Neuordnung der Schullaufbahnwahl nach der Grundschule zu sehen, mit der diese Entscheidung den Eltern freigestellt wurde. Sollte sich die beobachtete Tendenz im Übergangsverhalten festigen, so ist auch im Realschulbereich eine Anpassung des Prognosemodells zu erwägen.

Die Schülerprognose ist nicht zuletzt auch dafür konzipiert, bei Fragen der Schulentwicklungsplanung eine Hilfestellung zu bieten. Dennoch sollten im Einzelfall die Ergebnisse nicht ohne nähere Prüfung der Prämissen übernommen werden. Der Grund liegt darin, daß das Modell nicht alle ortsspezifischen Besonderheiten inte-

grieren kann. Der Rechengang ist im wesentlichen ein Fortschreibungsansatz unter Status-quo-Bedingungen. Der Begriff „Status quo“ bezieht sich dabei sowohl auf die in den Beobachtungsjahren gemessenen und dann konstant gehaltenen Verhaltensparameter als auch auf den im gesamten Prognosezeitraum unverändert beibehaltenen Schulbestand des Basisjahres. Neben Zufallseinflüssen können daher auch andere, systematisch wirkende Faktoren für Abweichungen zwischen Prognose und zukünftiger Realisation verantwortlich sein: Wird während des Prognosezeitraumes beispielsweise eine neue Schule eröffnet, so verschieben sich dadurch in aller Regel die Schulbesuchsmuster im regionalen Umfeld, so daß die Schülerzahlen benachbarter Schulen tangiert werden. Ein ähnlicher Fall liegt vor, wenn z. B. Neubaugebiete größerer Ausdehnung besiedelt werden. Hier werden sich die umliegenden Schulen wegen der zuziehenden Familien mit Kindern gegebenenfalls einer größeren Nachfrage gegenübersehen als vorausgeschätzt.

Geburten und Ersteinschulungen

Bis Mitte der 60er Jahre waren die Geburtenzahlen mit über 60 000 im Jahr relativ hoch. Danach setzte bis Mitte der 70er Jahre ein deutlicher Rückgang ein, in dieser Periode waren teilweise weniger als 35 000 Geburten jährlich zu verzeichnen. Seit der zweiten Hälfte der 80er bis Anfang der 90er Jahre stieg die Geborenenzahl wieder an, auf zeitweise über 42 000 im Jahr. Dies hing natürlich damit zusammen, daß die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre nun selbst ins Elterntalter gekommen waren. Seit 1992 ist aber ein erneuter Rückgang zu beobachten, und die der Schülerprognose zugrundeliegende Bevölkerungsvorausschätzung geht davon aus, daß sich die Geborenenzahl von knapp 40 000 im Jahr 1995 bis auf etwa 34 000 im Jahr 2004 reduzieren wird. Die Zahl der neugeborenen Kinder eilt der Entwicklung bei den Ersteinschulungen

Ersteinschulungen 1995/96 bis 2010/11 nach Regierungsbezirken

Schuljahr	Insgesamt	Regierungsbezirk			Insgesamt	Regierungsbezirk		
		Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz		Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz
	Anzahl				Meßzahlen: 1995/96 = 100			
1995/96	45 319	17 484	5 697	22 138	100	100	100	100
1996/97	45 778	17 707	5 840	22 231	101,0	101,3	102,5	100,4
1997/98	46 556	18 006	5 998	22 552	102,7	103,0	105,3	101,9
1998/99	45 958	17 761	5 894	22 303	101,4	101,6	103,5	100,7
1999/00	45 428	17 577	5 831	22 020	100,2	100,5	102,4	99,5
2000/01	44 430	17 219	5 724	21 487	98,0	98,5	100,5	97,1
2001/02	43 289	16 726	5 559	21 004	95,5	95,7	97,6	94,9
2002/03	42 752	16 547	5 473	20 732	94,3	94,6	96,1	93,6
2003/04	42 202	16 464	5 365	20 373	93,1	94,2	94,2	92,0
2004/05	41 349	16 168	5 243	19 938	91,2	92,5	92,0	90,1
2005/06	40 444	15 848	5 108	19 488	89,2	90,6	89,7	88,0
2006/07	39 528	15 519	4 975	19 034	87,2	88,8	87,3	86,0
2007/08	38 641	15 213	4 843	18 585	85,3	87,0	85,0	84,0
2008/09	37 822	14 935	4 716	18 171	83,5	85,4	82,8	82,1
2009/10	37 089	14 669	4 609	17 811	81,8	83,9	80,9	80,5
2010/11	36 465	14 451	4 507	17 507	80,5	82,7	79,1	79,1

mit einem zeitlichen Vorlauf von sechs bis sieben Jahren voraus, so daß die für die Schülerprognose geschätzten Ersteinschulungen sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in einem Bereich über 45 000 bewegen und danach bis 2010 kontinuierlich auf gut 36 000 abfallen. Die Differenz zwischen den Geburten und den zeitversetzten Ersteinschulungen entsteht vor allem durch noch nicht schulpflichtige Kinder, die mit ihren Familien zuwandern. Diese Diskrepanz verringert sich während des Prognosezeitraums, weil in den letzten Jahren die Zuwanderungsströme deutlich kleiner geworden sind und sich diese Abschwächung auch in der zur Bevölkerungsvorausschätzung gehörenden Wanderungsprognose niederschlug.

Im Prognosebereich sind alle Rechenmodelle des Statistischen Landesamtes auf einen Zeithorizont von 15 Jahren ausgelegt, so daß die vorausgeschätzten Geburten aus den letzten Jahren der Bevölkerungsprognose bereits einen vorläufigen Blick über den Schätzhorizont der Schülerprognose hinaus bieten. Für die Geburtsjahrgänge nach 2004 bis 2010, die in die vorliegende Schülerprognose nicht mehr Eingang finden, wird ein weiterer Rückgang bis auf unter 33 000 pro Jahr vorausgesagt.

Grundschulen und Übergänge auf weiterführende Schulen

Die rückläufigen Geburtenzahlen kündigen – sofern nicht noch drastische, unvorhergesehene Veränderungen im Zuwanderungsverhalten eintreten – eine deutliche Entlastung des Schulwesens an. Wegen der differierenden Verweildauer in den verschiedenen Schularten wird sich diese Entlastung jedoch erst mit unterschiedlich langen Zeitverzögerungen in den jeweiligen Schülerzahlen niederschlagen. An den Grundschulen

folgt das Maximum der Schülerzahlen dem Spitzenwert bei den Ersteinschulungen mit einer Verzögerung von etwa zwei Jahren. Kurz nach der Jahrtausendwende dürfte sich daher nach einem Höchststand von ca. 186 000 die Entwicklungsrichtung umkehren; die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen wird danach kontinuierlich abnehmen. Im Jahre 2010 ist im Primarbereich mit etwa 152 000 Schülerinnen und Schülern zu rechnen, was einem gegenüber 1995 um über 15 % verringerten Schulbesuch entspricht. Stärkere Rückgänge sind dabei tendenziell eher in kreisfreien Städten zu erwarten, wobei Trier und Mainz mit einer Verringerung von über 25 % gegenüber 1995 an der Spitze liegen. Relativ stabil wird die Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler vor allem in einigen Landkreisen im Norden des Landes bleiben: Eine Abnahme um weniger als 10 % im Vergleich zu 1995 wird in den Landkreisen Ahrweiler, Altenkirchen, Neuwied, Rhein-Hunsrück und Alzey-Worms erwartet.

In der Regel werden mit dem Übergang von der 4. Grundschulklasse in die 5. Klassenstufe weiterführende Schulen die Weichen für die Wahl der Schullaufbahn gestellt. Betrachtet man das Übergangsverhalten im langjährigen Landesdurchschnitt, so ist klar erkennbar, daß der Anteil von Realschulen und Gymnasien deutlich und kontinuierlich anstieg, was zu Lasten der dritten flächendeckenden Schulart, der Hauptschule, ging. Als im Schuljahr 1991/92 den Eltern die Wahl der Schullaufbahn freigestellt wurde, kam es zusätzlich noch einmal zu einer kräftigen Verschiebung um fast 5 Prozentpunkte von der Hauptschule zur Realschule. Betrachtet man nur die drei herkömmlichen Schularten, so zeigt sich auch nach diesem Zeitpunkt eine weitere leichte Verschiebung von der Hauptschule zur Realschule und zum Gymnasium. Allerdings treten verstärkt auch Übergänge auf die zum Teil stark expandierenden neueren Schularten auf: freie Waldorfschulen, integrierte Gesamtschulen, Schulmodell Rockenhausen, regionale Schulen und auch die duale Oberschule, welche im Basisschuljahr 1995/96 noch nicht existierte

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ 1995/96 bis 2010/11 nach Schularten

Schuljahr	Insgesamt	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen ²⁾	Regionale Schulen	Freie Waldorfschulen	Schulen für Lernbehinderte
1995/96	448 546	179 863	79 833	60 887	104 044	7 886	5 714	1 047	9 272
1996/97	455 864	183 276	76 146	63 519	105 918	9 067	7 544	1 115	9 279
1997/98	463 635	185 859	73 874	65 770	107 959	10 289	9 221	1 186	9 477
1998/99	470 320	186 447	73 095	67 651	110 584	11 404	10 242	1 249	9 648
1999/00	475 824	186 543	73 224	69 483	112 447	12 296	10 678	1 291	9 862
2000/01	480 383	185 233	74 394	71 387	114 022	13 073	10 876	1 339	10 059
2001/02	483 044	182 074	75 684	73 263	115 635	13 716	11 055	1 388	10 229
2002/03	483 875	178 852	76 376	74 635	116 971	14 179	11 155	1 416	10 291
2003/04	483 095	175 604	76 406	75 425	118 336	14 412	11 165	1 442	10 305
2004/05	480 563	172 461	76 070	75 514	119 233	14 479	11 095	1 458	10 253
2005/06	476 571	169 526	75 304	75 238	119 445	14 458	10 985	1 460	10 155
2006/07	470 924	166 263	74 134	74 695	119 112	14 389	10 858	1 454	10 019
2007/08	463 691	162 686	72 805	73 742	118 224	14 252	10 699	1 444	9 839
2008/09	455 909	159 113	71 400	72 659	117 049	14 085	10 501	1 430	9 672
2009/10	447 692	155 698	69 966	71 449	115 517	13 887	10 286	1 408	9 481
2010/11	439 396	152 573	68 590	70 224	113 568	13 678	10 067	1 383	9 313

1) Ohne Schülerinnen und Schüler an anderen Sonderschulformen. – 2) Einschließlich Schulmodell Rockenhausen.

und deshalb in dieser Version der Schülerprognose nicht berücksichtigt werden konnte.

In dem Modul der Schülerprognose, das den Übergang in die 5. Klassenstufe weiterführender Schulen modelliert, müssen die nicht flächendeckend vorhandenen Schularten einer der drei traditionellen Schularten zugeordnet werden. Die Integrierten Gesamtschulen Kastellaun und Otterberg sind in ihrem regionalen Umfeld für die Versorgung im Hauptschulbereich zuständig und werden deshalb, ebenso wie alle regionalen Schulen, bei diesem Rechenschritt den Hauptschulen zugeschlagen. Die anderen integrierten Gesamtschulen, das Schulmodell Rockenhausen und die freien Waldorfschulen werden dagegen mit den Realschulen zusammengefaßt. In der aktuellen Modellversion wird im Landestrend von einem fast gleichbleibenden Übergangverhalten ausgegangen. Der Anteil der Gymnasien bleibt mit 32,2 % unverändert, bei den Hauptschulen wird noch ein leichter Rückgang (von 37,5 auf 36,3 %) und bei den Realschulen ein geringer Anstieg (von 30,3 auf 31,5 %) des Landesmittelwertes angenommen.

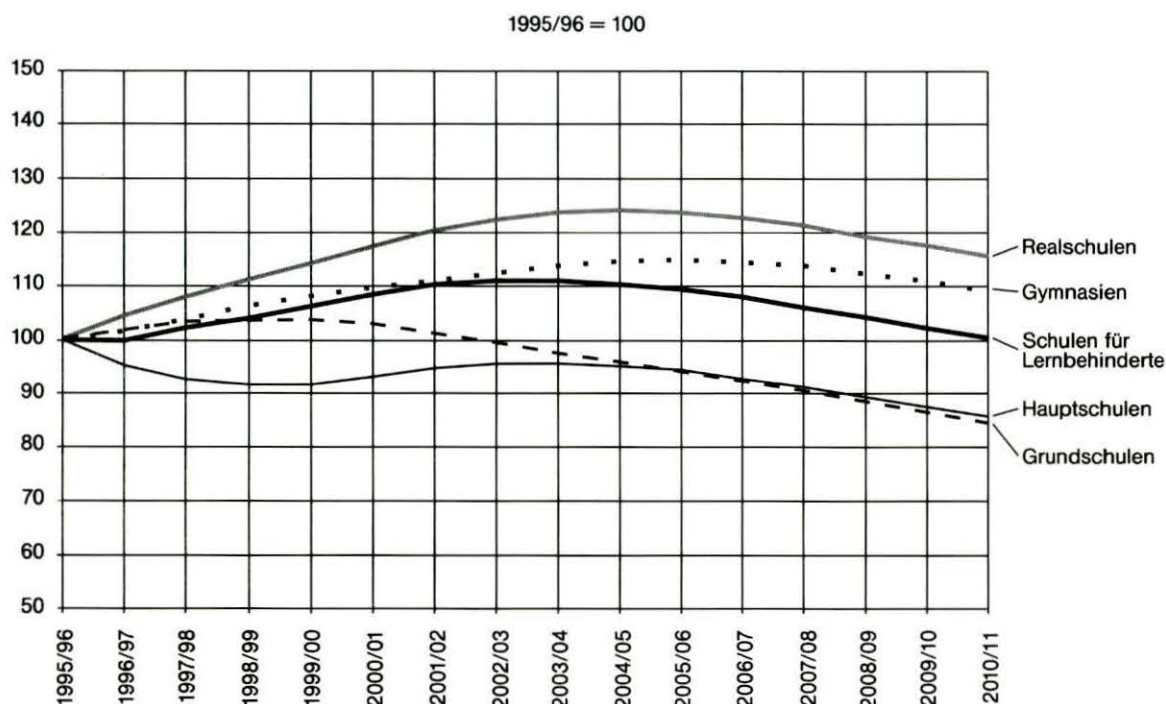
Die im Rechengang verwendeten verbandsgemeinschaftsspezifischen Übergangsquoten auf die weiterführenden Schularten ergeben sich durch Ergänzung der Landestrends um regionalisierte Korrekturfaktoren. In der

Umgebung von Schulen, die neu aufgebaut werden, konnten beim Schulartwahlverhalten noch nicht die üblichen Dreijahresdurchschnitte gebildet werden, weil keine entsprechende Zahl von Beobachtungen vorlag. Diese schmalere Datenbasis gibt natürlich zufälligen Schwankungen ein größeres Gewicht. Zusätzlich ist noch damit zu rechnen, daß sich das Übergangsverhalten in der Umgebung neuer Schulen erst nach einiger Zeit einpendelt. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Prognoseergebnisse, soweit sie im Aufbau befindliche Schulen betreffen, mit einer gewissen Vorsicht zu beurteilen. Beim vorherigen Durchlauf der Schülerprognose, der das Schuljahr 1992/93 zum Basisjahr hatte, lag für das Übergangsverhalten auf die damals vorhandenen sechs regionalen Schulen nur ein einziges Beobachtungsjahr vor. Die auf dieses eine Jahr gestützte Vorausrechnung hat den Zulauf zu diesen sechs regionalen Schulen deutlich unterschätzt, denn im Mittel lag die tatsächliche Schülerzahl 1995/96 um etwa 20 % höher als der Prognosewert.

Durchgreifende Entlastung der weiterführenden Schulen läßt noch auf sich warten

Während bei den Grundschulen eine quantitative Entlastung für die Jahre kurz nach der Jahrtausendwende in Aussicht steht, liegt eine derartige Zukunfts-

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ 1995/96 bis 2010/11 nach Schularten



1) Ohne übrige Sonderschulformen, freie Waldorfschulen, integrierte Gesamtschulen und regionale Schulen.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 102/98/M

perspektive für die weiterführenden Schulen noch in etwas größerer Ferne. Im Gegenteil, teilweise muß für einige Jahre nochmals mit einem erheblichen Anwachsen der Schülerzahlen gerechnet werden. Gegen Ende des Prognosezeitraumes wird aber der Gipfel der zahlenmäßigen Entwicklung bei allen Schularten überschritten sein.

Den Hauptschulen steht ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen bevor, was aber auch mit den Veränderungen in der Schullandschaft zusammenhängt: Die neuen regionalen Schulen ersetzen in der Regel bisherige Hauptschulen, welche schrittweise auslaufen. Das Schrumpfen des Hauptschulbereichs ist also nur zum Teil darauf zurückzuführen, daß viele weiterbestehende Hauptschulen von weniger Schülern besucht werden. Der Rückgang wird auch dadurch bewirkt, daß in den durch regionale Schulen ersetzten Hauptschulen Jahr für Jahr eine Klassenstufe entfällt. Die Zahl von knapp 80 000 Hauptschülerinnen und Hauptschülern im Basisschuljahr 1995/96 reduziert sich zwar nicht kontinuierlich, denn nach einem Rückgang auf etwa 73 000 ist um 2003 mit einem temporären Wiederanstieg auf ca. 76 000 zu rechnen. Gegen Ende des Prognosezeitraumes wird aber ein Unterschreiten der 70 000 – Marke erwartet. Regional differenzierte Aussagen sind problematisch, da sie auch die Veränderungen im Schulbestand berücksichtigen müßten. Der Landkreis Daun ist jedoch der einzige, für den im Schuljahr 2010/11 mehr Hauptschülerinnen und Hauptschüler erwartet werden als im Basisschuljahr 1995/96.

Für den Realschulbereich sieht die Prognose zwar eine steigende Inanspruchnahme voraus, der Gipfel der Entwicklung wird jedoch innerhalb des fünfzehnjährigen Prognosehorizontes überschritten. Gegenüber dem Basisschuljahr 1995/96 werden im Schuljahr 2004/05 noch einmal fast ein Viertel mehr Schülerinnen und Schüler an Realschulen unterrichtet. Danach wird sich die zahlenmäßige Belastung dieser Schulart verringern, aber selbst am Ende des Prognosezeitraumes werden immer noch etwa 10 000 oder 15 % mehr Kinder als zu Beginn eine Realschule besuchen. Unter den fünf Spitzenreitern mit einem Anstieg in der Größenordnung von 30% haben die eher ländlich geprägten Landesteile mit den Landkreisen Ahrweiler, Rhein-Hunsrück, Daun und Kaiserslautern das Übergewicht. Von den kreisfreien Städten weist lediglich Speyer am Ende des Prognosezeitraumes eine ähnlich starke Steigerung der Realschülerzahl gegenüber 1995/96 auf. Am anderen Ende des Entwicklungsspektrums liegen die Stadt Trier und der Donnersbergkreis, für die 2010/11 etwas weniger Realschülerinnen und Realschüler erwartet werden als 1995/96.

An den Gymnasien wird die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf nehmen wie bei den Realschulen. Der Gipfel der Schülerzahlen wird die Werte des Basisschuljahres aber nur um etwa 15 % überschreiten. Der danach einsetzende Rückgang wird die Zahl der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten wieder in den Bereich von 114 000 zurückführen, nach 104 000 im Basisschuljahr und einem Spitzenwert von knapp 120 000 im Schuljahr

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ 1995/96 bis 2010/11 nach der Art des Entlassungszeugnisses

1995/96 = 100

Schuljahr	Mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	Mit Hochschulreife	Ohne Hauptschulabschluß	Mit Hauptschulabschluß
1995/96	100	100	100	100
1996/97	110	100	95	95
1997/98	115	100	92	92
1998/99	120	105	90	88
1999/00	122	110	88	85
2000/01	125	112	88	85
2001/02	130	115	90	88
2002/03	135	118	92	90
2003/04	140	120	95	92
2004/05	142	125	98	92
2005/06	145	128	100	92
2006/07	148	130	105	90
2007/08	145	130	102	88
2008/09	142	130	100	85
2009/10	140	130	98	82
2010/11	138	130	95	85

1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte.

**Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende 1995/96 bis 2010/11
nach der Art des Entlassungszeugnisses**

Schuljahr	Insgesamt	Ohne Hauptschul- abschluß ²⁾	Mit Hauptschul- abschluß	Mit qualifiziertem Sekundar- abschluß I	Mit Hochschul- reife	Ohne Hauptschul- abschluß ²⁾	Mit Hauptschul- abschluß	Mit qualifiziertem Sekundar- abschluß I	Mit Hochschul- reife
Anzahl						Anteil an den Entlassungen in %			
1995/96	39 834	3 322	14 118	13 346	9 048	8,3	35,4	33,5	22,7
1996/97	40 303	3 253	13 183	14 644	9 223	8,1	32,7	36,3	22,9
1997/98	40 785	3 186	12 983	15 541	9 075	7,8	31,8	38,1	22,3
1998/99	41 468	3 138	12 503	16 075	9 752	7,6	30,2	38,8	23,5
1999/00	41 502	3 136	11 860	16 390	10 116	7,6	28,6	39,5	24,4
2000/01	42 314	3 226	12 089	16 670	10 329	7,6	28,6	39,4	24,4
2001/02	43 558	3 358	12 422	17 297	10 481	7,7	28,5	39,7	24,1
2002/03	44 700	3 425	12 788	18 006	10 481	7,7	28,6	40,3	23,4
2003/04	45 649	3 474	12 778	18 705	10 692	7,6	28,0	41,0	23,4
2004/05	46 210	3 491	12 808	18 927	10 984	7,6	27,7	41,0	23,8
2005/06	46 959	3 501	12 914	19 169	11 375	7,5	27,5	40,8	24,2
2006/07	47 625	3 479	12 788	19 570	11 788	7,3	26,9	41,1	24,8
2007/08	47 357	3 422	12 575	19 521	11 839	7,2	26,6	41,2	25,0
2008/09	47 038	3 346	12 315	19 430	11 947	7,1	26,2	41,3	25,4
2009/10	46 446	3 265	11 956	19 112	12 113	7,0	25,7	41,1	26,1
2010/11	45 633	3 186	11 721	18 714	12 012	7,0	25,7	41,0	26,3

1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte. – 2) Einschl. Abgangs- und Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte.

2005/06. Am oberen Ende der Bandbreite liegt dabei der Landkreis Kaiserslautern, für den im Schuljahr 2010/11 immer noch etwa 40 % mehr Schülerinnen und Schüler an Gymnasien erwartet werden als 1995/96. Es gibt jedoch etliche Verwaltungsbezirke, für die am Ende des Prognosezeitraumes Gymnasialschülerzahlen vorausgeschätzt werden, die sehr nahe an den Ausgangswerten im Basisschuljahr liegen: Neben den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Alzey-Worms und Südwestpfalz sind dies die kreisfreien Städte Trier, Frankenthal, Kaiserslautern, Mainz und Neustadt.

Auch die Schulen für Lernbehinderte zeigen das für die nächsten Jahre typische Verlaufsmuster eines temporären Anstiegs, dem wenige Jahre nach der Jahrtausendwende ein Rückgang folgt. Nach einem Maximum von ca. 10 300 wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen für Lernbehinderte gegen Ende des Prognosezeitraumes wieder, wie 1995/96, bei etwa 9 300 liegen.

Bei den nicht flächendeckend vorhandenen Schular-ten – freie Waldorfschulen, integrierte Gesamtschulen und regionale Schulen – beruht die prognostizierte Zunahme der Schülerzahlen zu wesentlichen Teilen auf in der Aufbauphase befindlichen neuen Schulen, die derzeit jährlich eine weitere Klassenstufe einrichten. So werden für regionale Schulen und integrierte Gesamtschulen im Vergleich von Beginn und Ende des 15-Jahres-Prognosezeitraums Steigerungsraten von über 70 %, für die freien Waldorfschulen von mehr als 30 % vorausgeschätzt. Damit könnten die 1995 existierenden zwölf integrierten Gesamtschulen (einschließlich Integrierte Gesamtschule Horhausen und Schulmodell Rockenhausen) gegen Ende des Prognosezeitraums von fast 14 000 Schülerinnen und Schülern besucht werden. Die entsprechenden Werte liegen für die freien Waldorfschulen bei knapp 1 400 und für die zwanzig im

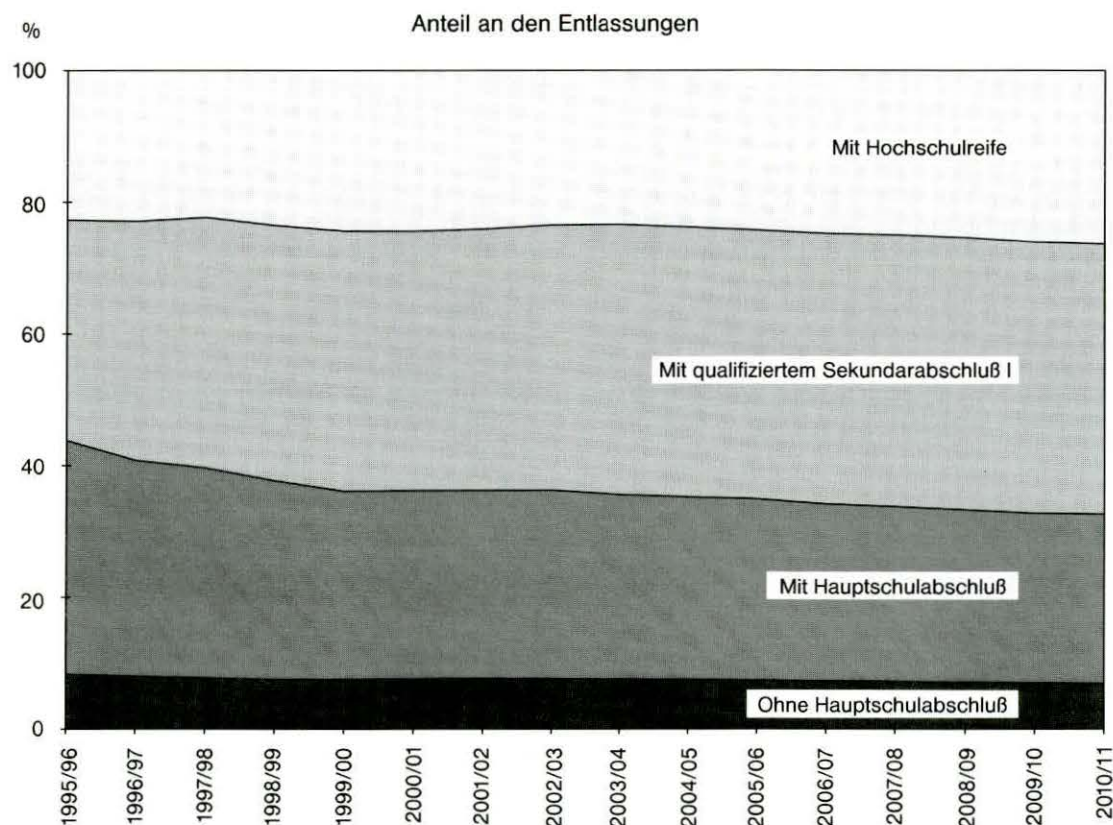
Jahr 1995 bereits eröffneten regionalen Schulen bei etwa 10 000.

Anteil der Schulentlassungen mit Sekundarabschluß I steigt auf über 40 %

Unter Schulentlassungen werden jene Schülerinnen und Schüler verstanden, die entweder den für die jeweilige Schultypischen Abschluß erreichen oder ihre Schule nach Erfüllung der Schulpflicht mit einer geringeren als der ursprünglich angestrebten Qualifikation verlassen. In dieser Zahl enthalten sind also auch jene Schülerinnen und Schüler, die nach erfolgreichem Abschluß der Haupt- oder Realschule den Schulbesuch am Gymnasium fortsetzen. Zusätzlich werden in der Schülerprognose auch die Schulabgänge ausgewiesen, welche den Bereich der allgemeinbildenden Schulen endgültig verlassen und sich danach um Ausbildungs- oder Studienplätze bewerben.

Ausgehend von knapp 40 000 Schulentlassungen im Basisschuljahr 1995/96 wird nach einem kontinuierlichen Anstieg für 2006/07 ein um ca. 20 % höherer Wert vorausgeschätzt. Danach wird auch bei den Entlassungen die Trendwende einsetzen, und am Ende des Prognosezeitraumes werden mit 45 600 nur noch rund 15 % mehr Entlassungen erwartet als zu dessen Beginn. Daß der Anteil des qualifizierten Sekundarabschlusses I dabei von 33,5 % im Basisschuljahr 1995/96 auf 41 % im Schuljahr 2010/11 steigt, liegt an mehreren Faktoren: Da ist zum einen das wachsende Gewicht der Realschulen im Gesamtgefüge des Schulsystems, zum anderen aber auch die Tendenz, das freiwillige 10. Schuljahr an Hauptschulen verstärkt zu nutzen und den Sekundarabschluß I dort zu erwerben. Daneben ist noch zu berücksichtigen, daß während des Prognose-

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ 1995/96 bis 2010/11 nach der Art des Entlassungszeugnisses



1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 104/98/M

zeitraumes die regionalen Schulen ihre ersten Entlassungsjahrgänge verabschieden werden. Bei diesen muß sich die in die Prognoserechnung eingeflossene Hypothese, daß es sich jeweils zur Hälfte um präsumtive Haupt- bzw. Realschulabsolventen handelt, natürlich nicht exakt bewahrheiten. Von daher liegen in der Vorausschätzung spezifische Unsicherheitsfaktoren. Bezüglich der anderen Abschlußarten zeigt die Prognose einen starken Rückgang der Entlassungen mit Hauptschulabschluß von gut 35 % auf etwa ein Viertel, während der Anteil des Abiturs langsam aber stetig auf über 26 % steigen dürfte. Das Gewicht der Entlassungen ohne Hauptschulabschluß (wozu auch die Entlassungen mit Abgangs- oder Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte zählen) nimmt weiter ab bis auf ca. 7 %.

Weitere Diversifizierung der Schullandschaft

Bereits in der Zeit, die seit dem Basisschuljahr 1995/96 der vorliegenden Prognose verflossen ist, ergaben

sich im Schulwesen des Landes Rheinland-Pfalz erneut Veränderungen. Die Regionale Schule wurde nach Abschluß des Schulversuchs als Regelschule im Schulgesetz verankert und steht nun in einer Reihe mit Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Integrierter Gesamtschule. Es ist wohl davon auszugehen, daß auch in Zukunft der Wunsch nach Errichtung neuer regionaler Schulen anhalten wird und diese an die Stelle heutiger Hauptschulen treten werden, so daß sich das Gewicht dieser beiden Schularten im Gesamtgefüge der weiterführenden Schulen mit der Zeit deutlich verschieben dürfte. Weiterhin wurde mit der dualen Oberschule an mehreren Standorten ein weiterer Schulversuch eingerichtet, der auf mehrere Abschlußqualifikationen zielt, eine berufliche Erstausbildung im dualen System einbezieht und die enge Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung fördern soll. Auch in Zukunft wird also die rheinland-pfälzische Schullandschaft interessante Entwicklungsperspektiven bieten.

Dr. Matthias Hauk

Die regionale Bedeutung des Fremdenverkehrs 1997

Die unterschiedliche regionale Bedeutung des Fremdenverkehrs in Rheinland-Pfalz läßt sich zum einen relativ gut anhand des monatlichen oder jährlichen Gäste- und Übernachtungsaufkommens bzw. seiner Veränderungen, der Herkunft der Gäste, der Zahl und Struktur der Beherbergungsbetriebe oder der angebotenen Betten beschreiben. Zum anderen kann touristische Nachfrage bzw. die Attraktivität einer Region aber auch mit Hilfe von Kennziffern wie der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer oder der Bettenauslastung und -intensität untersucht werden.

In diesem Beitrag sollen die unterschiedlich strukturierten rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebiete, Landkreise, Verbandsgemeinden und bedeuten den Gemeinden im wesentlichen mittels der Fremdenverkehrsintensität und der aus ökonomischer Sicht wichtigen Übernachtungszahlen beleuchtet werden. Bei der Fremdenverkehrsintensität wird das Übernachtungsaufkommen auf die Einwohnerzahl bezogen. Bereits in der Differenzierung nach Regierungsbezirken ergeben sich unterschiedliche Werte von 12 814 (Trier)

über 5 455 (Koblenz) bis zu 2 404 (Rheinhausen-Pfalz) Übernachtungen je 1 000 Einwohner. Spitzenwerte werden von den Landkreisen Daun (24 869), Cochem-Zell (23 603), Bernkastel-Wittlich (21 633) und Südliche Weinstraße (9 671) gehalten.

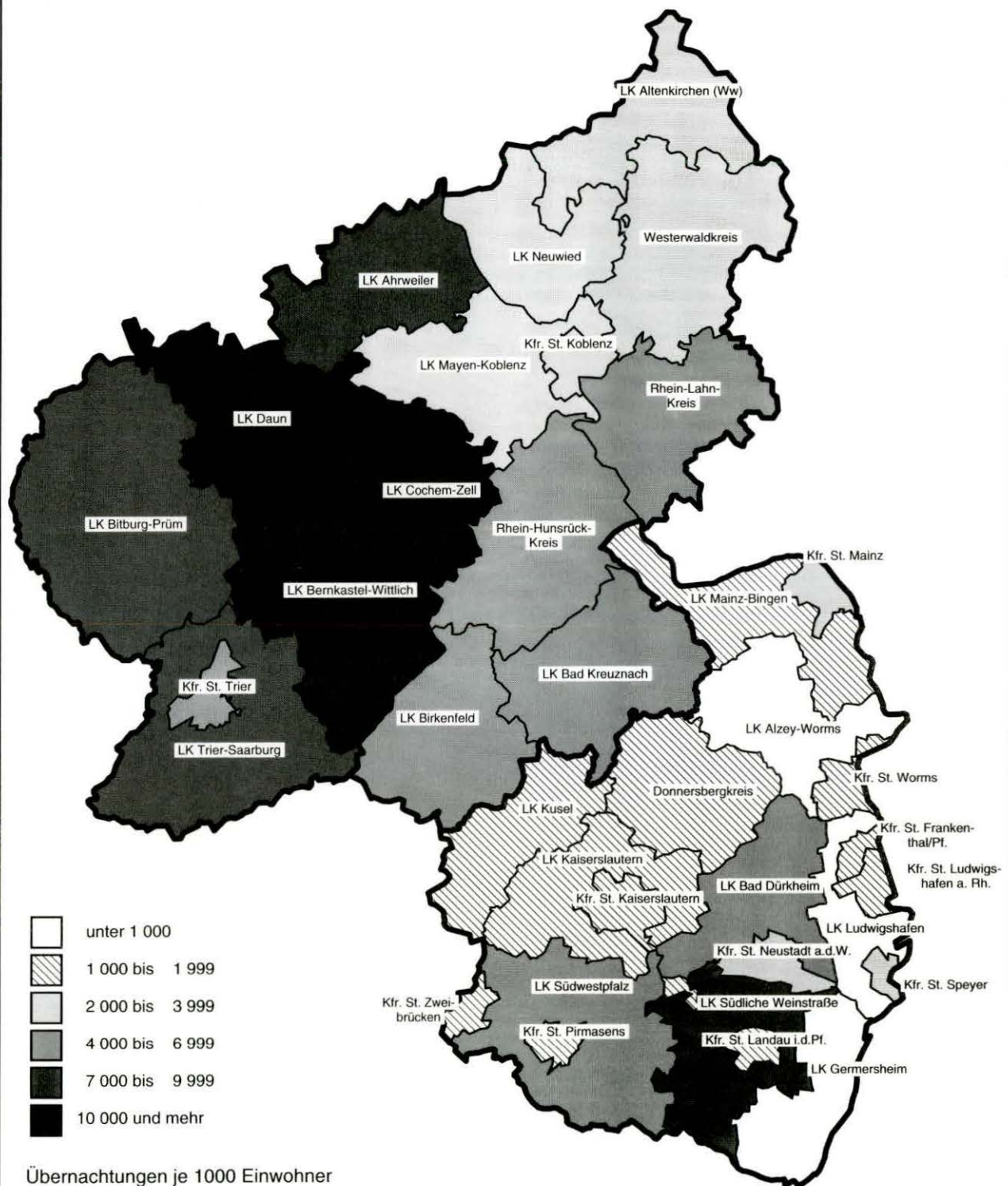
Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs im Jahr 1997 werden zunächst mit Hilfe der wichtigsten Eckdaten dargestellt: Mit annähernd 6,1 Mill. Gästen (- 0,9 % gegenüber 1996) wurde im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr das durchschnittliche Gästeaufkommen der Jahre 1990 bis 1996 unterschritten. 1989 war bei der Gästezahl erstmals die 6-Millionen-Grenze übertroffen worden. Am besten schnitten 1997 die Fremdenverkehrsgebiete Pfalz (1 252 242, + 1,5 %), Rheinhessen (563 930, + 1,1 %), Rheintal (812 099, + 1,0 %) und Mosel/Saar (1 411 881, + 0,6%) ab. Jeder vierte Gast im Rheintal besuchte die Stadt Koblenz, jeder vierte Gast in der Region Hunsrück/Nahe/Glan verweilte in einem der drei Nahe-Heilbäder. Alleine in Hotels wurden 1997 landesweit mehr als 3,1 Mill. Gäste (+ 1,5 %) beherbergt. Heilstät-

Gäste und Übernachtungen 1997 nach Fremdenverkehrsgebieten, Betriebsarten und Gemeindegruppen (ohne Campingplätze)

Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart Gemeindegruppe	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996
	Anzahl	%	Anzahl	%
Fremdenverkehrsgebiet				
Rheintal	812 099	1,0	2 060 558	-2,8
Rheinhessen	563 930	1,1	979 730	0,2
Eifel/Ahr	1 062 294	-3,1	3 982 141	-10,3
Mosel/Saar	1 411 881	0,6	4 924 675	-1,3
Hunsrück/Nahe/Glan	485 936	-7,7	2 182 974	-13,7
Westerwald/Lahn/Taunus	499 295	-4,2	1 657 809	-12,2
Pfalz	1 252 242	1,5	3 730 001	-1,6
Betriebsart				
Hotels	3 102 679	1,5	6 564 020	-4,1
Hotels garnis	402 364	-0,8	892 169	3,3
Gasthäuser	298 316	-2,4	888 025	7,8
Pensionen und Fremdenheime	241 069	4,4	914 049	4,0
Erholungs- und Ferienheime	359 011	-1,0	1 397 298	-2,2
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	81 538	-17,0	2 041 226	-25,0
Ferienzentren	353 700	-4,1	1 975 286	1,0
Ferienhäuser	125 196	-5,0	711 262	-5,6
Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen	432 473	0,3	1 018 349	1,3
Privatquartiere ¹⁾	691 331	-7,8	3 116 204	-9,7
Gemeindegruppe				
Heilbäder	885 075	-1,3	4 024 318	-14,9
Luftkurorte	668 894	-3,0	2 721 493	-5,8
Erholungsorte	832 550	-2,7	3 389 566	-4,0
Fremdenverkehrsorte	2 865 607	-1,2	7 641 146	-3,2
Sonstige Gemeinden	835 551	4,4	1 741 365	3,2
Insgesamt	6 087 677	-0,9	19 517 888	-5,9

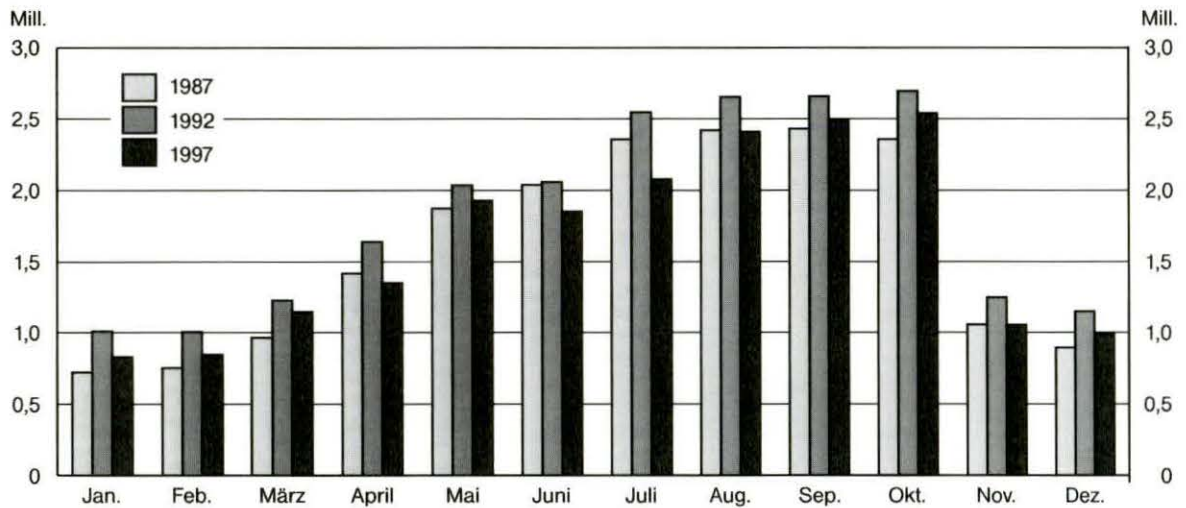
1) Neben Privatquartieren mit weniger als 9 Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als 9 Betten berücksichtigt.

Fremdenverkehrsintensität in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1997



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Übernachtungen 1987, 1992 und 1997 nach Monaten



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 105/98/M

ten, Sanatorien und Kuranstalten erlitten mit noch 81 538 Gästen (- 17 %) die nachhaltigsten Einbußen. Auch in Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben blieb die Zahl der Gäste (691 331, - 7,8 %) deutlich unter dem Vorjahresniveau. In sämtlichen prädikatisierten Gemeindegruppen wurden weniger Gäste als 1996 registriert. Die Zahl ausländischer Gäste konnte 1997 das Vorjahresniveau knapp erreichen, ist jedoch mit

etwas mehr als 1,2 Mill. auf dem niedrigsten Stand seit 1984. Rheinhessen meldete jedoch 11 % und das Gebiet Mosel/Saar 4,6 % mehr ausländische Besucher als 1996. Jeder siebte ausländische Tourist steuerte ein Ferienzentrum an. Unter saisonalen Gesichtspunkten konnte die Gästezahl vor allem in den Monaten Januar und August verbessert werden, während die Anzahl der Übernachtungen nur im August aufwärtsgerichtet war.

Ausländische Gäste und deren Übernachtungen 1997 nach Fremdenverkehrsgebieten, Betriebsarten und Gemeindegruppen (ohne Campingplätze)

Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart Gemeindegruppe	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996
	Anzahl	%	Anzahl	%
Fremdenverkehrsgebiet				
Rheintal	205 168	-0,6	454 156	-1,0
Rheinhessen	205 921	10,8	318 678	10,4
Eifel/Ahr	260 077	-10,2	1 046 870	-12,1
Mosel/Saar	312 456	4,6	1 138 772	4,7
Hunsrück/Nahe/Glan	62 945	-6,0	306 225	-6,1
Westerwald/Lahn/Taunus	40 169	-5,6	111 869	-11,9
Pfalz	123 525	2,6	321 092	3,9
Betriebsart				
Hotels	704 463	5,1	1 496 308	-0,4
Hotels garnis	76 695	3,1	171 461	5,7
Gasthäuser	42 503	-5,1	136 786	6,0
Pensionen und Fremdenheime	25 506	9,3	85 054	11,0
Erholungs- und Ferienheime	10 110	3,6	49 011	1,0
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	799	-10,0	8 134	-23,9
Ferienzentren	171 228	-10,2	1 028 531	-1,9
Ferienhäuser	22 859	-15,2	139 820	-10,1
Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen	39 100	-11,0	74 944	-6,6
Privatquartiere ¹⁾	116 998	-6,6	507 613	-11,5
Gemeindegruppe				
Heilbäder	77 217	-3,0	224 200	-5,3
Luftkurorte	107 111	-2,6	499 392	1,2
Erholungsorte	158 911	-0,6	816 237	-3,8
Fremdenverkehrsorte	629 527	-2,1	1 729 964	-4,7
Sonstige Gemeinden	237 495	9,1	427 869	8,5
Insgesamt	1 210 261	0,0	3 697 662	-2,4

1) Neben Privatquartieren mit weniger als 9 Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als 9 Betten berücksichtigt.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer sinkt weiter

Die Zahl der Gästeübernachtungen sank 1997 – nach den Spitzenergebnissen der Vorjahre – um 5,9 % auf 19,5 Mill. Der langjährige Abwärtstrend bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer (1977: 3,8; 1997: 3,2 Tage) setzte sich damit fort. 979 730 Übernachtungen (+ 0,2 %) in Rheinhessen bedeuten für dieses Fremdenverkehrsgebiet zwar insgesamt ein zufriedenstellendes Ergebnis, dieses wird jedoch fast ausschließlich durch das gute Abschneiden der kreisfreien Stadt Mainz (616 485; + 4,3 %) geprägt. Damit vereinigt die Landeshauptstadt mehr als sechs von zehn Übernachtungen in der gesamten Region auf sich. Die anderen sechs Fremdenverkehrsgebiete meldeten sämtlich ein sinkendes Übernachtungsaufkommen.

Besonders deutliche Einbußen erlitten Kurbetriebe und Kleinbeherbergungsstätten. Andererseits schnitten Gasthäuser 1997 besser ab als im Vorjahr. Die Reform des Gesundheitswesens zeigt ihre Wirkungen in der stark rückläufigen Übernachtungszahl in den Betrieben, die als Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten (2 041 226, – 25 %) eingestuft und ganz überwiegend in den Heilbädern (4 024 318, – 15 %) des Landes angesiedelt sind. Der Einbruch im Kurwesen beläuft sich somit im Jahr 1997 auf eine Größenordnung von ca. 700 000 Übernachtungen.

Der Ausländertourismus verlief 1997 nicht ganz so negativ wie der Inländertourismus. 15 820 226 Übernachtungen, das sind 6,6 % weniger als im Vorjahr, entfielen auf deutsche Gäste. 3 697 662 Übernachtungen ausländischer Gäste bedeuteten ein Minus von 2,4 %.

Höchste Fremdenverkehrsintensität in den Landkreisen Daun, Cochem-Zell und Bernkastel-Wittlich

Für Rheinland-Pfalz läßt sich eine durchschnittliche Fremdenverkehrsintensität, wobei das Übernachtungsaufkommen auf die Einwohnerzahl bezogen wird, von 4 868 Übernachtungen je 1 000 Einwohner errechnen. Im Bundesländervergleich nimmt Rheinland-Pfalz damit hinter Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern nach wie vor einen der vorderen Plätze ein.

Unter den rheinland-pfälzischen Landkreisen entfielen 1997 die meisten Übernachtungen auf die Landkreise Bernkastel-Wittlich (2 463 028, – 4,6 % gegenüber 1996), Daun (1 577 023, – 7,5 %), Cochem-Zell (1 535 659, – 8,4 %), Ahrweiler (1 203 562, – 12 %), Trier-Saarburg (1 109 925, + 11 %) und Südliche Weinstraße (1 045 011, – 0,5 %). In diesen Regionen ergibt sich auch die höchste Fremdenverkehrsintensität, gemessen an den Übernachtungen je 1 000 Einwohnern. Spitzenreiter sind hier die Landkreise Daun (24 869), Cochem-Zell (23 603), Bernkastel-Wittlich (21 633) und mit etwas Abstand die Südliche Weinstraße (9 671). Am unteren Ende der Skala rangieren die Landkreise Ludwigshafen, Germersheim und Alzey-Worms. Unter den kreisfreien Städten erreichen Trier (4 977), Koblenz (3 980), Mainz (3 323) und Speyer (2 824) die höchste Fremdenverkehrsintensität.

Fremdenverkehrsintensität 1997 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Über- nachtungen 1997	Bevölkerung am 30. 6. 1997	Über- nachtungen je 1 000 Einwohner
Kfr St Koblenz	435 882	109 520	3 980
LK Ahrweiler	1 203 562	126 984	9 478
LK Altenkirchen (Ww.)	328 639	136 247	2 412
LK Bad Kreuznach	979 352	156 452	6 260
LK Birkenfeld	464 290	90 820	5 112
LK Cochem-Zell	1 535 659	65 061	23 603
LK Mayen-Koblenz	757 427	207 004	3 659
LK Neuwied	408 719	180 835	2 260
Rhein-Hunsrück-Kreis	689 440	104 328	6 608
Rhein-Lahn-Kreis	768 442	128 021	6 002
Westerwaldkreis	629 645	198 204	3 177
RB Koblenz	8 201 057	1 503 476	5 455
Kfr St Trier	496 134	99 679	4 977
LK Bernkastel-Wittlich	2 463 028	113 853	21 633
LK Bitburg-Prüm	868 818	96 423	9 010
LK Daun	1 577 023	63 414	24 869
LK Trier-Saarburg	1 109 925	135 057	8 218
RB Trier	6 514 928	508 426	12 814
Kfr St Frankenthal (Pfalz)	80 752	48 763	1 656
Kfr St Kaiserslautern	148 042	101 543	1 458
Kfr St Landau i. d. Pfalz	40 998	40 142	1 021
Kfr St Ludwigshafen a. Rh.	191 833	166 767	1 150
Kfr St Mainz	616 485	185 532	3 323
Kfr St Neustadt a. d. W.	120 298	53 950	2 230
Kfr St Pirmasens	47 787	47 478	1 007
Kfr St Speyer	140 292	49 674	2 824
Kfr St Worms	86 909	80 589	1 078
Kfr St Zweibrücken	46 942	35 878	1 308
LK Alzey-Worms	82 605	119 164	693
LK Bad Dürkheim	863 578	132 026	6 541
Donnersbergkreis	104 509	76 965	1 358
LK Germersheim	64 976	120 863	538
LK Kaiserslautern	180 232	109 987	1 639
LK Kusel	96 726	79 687	1 214
LK Südliche Weinstraße	1 045 011	108 052	9 671
LK Ludwigshafen	61 805	145 267	425
LK Mainz-Bingen	285 903	189 776	1 507
LK Südwestpfalz	496 220	105 748	4 692
RB Rheinhessen-Pfalz	4 801 903	1 997 851	2 404
Rheinland-Pfalz	19 517 888	4 009 753	4 868

Auf Verbandsgemeindeebene liegen Kelberg, Kröv-Bausendorf und Bernkastel-Kues vorne

Die Verbandsgemeinden mit der höchsten Fremdenverkehrsintensität liegen in den bereits genannten Landkreisen Daun, Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell, wobei die Spitzenwerte zum Teil um ein mehrfaches über den entsprechenden Landkreisdurchschnitt liegen. Zu nennen sind hier zunächst die Verbandsgemeinden Kelberg (73 900), Kröv-Bausendorf (68 100), Bernkastel-Kues (43 600), Cochem-Land (31 100) und Obere Kyll (29 800).

Alleine in der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues wurden 1997 bei 23 681 Einwohnern in 178 größeren Beherbergungsbetrieben mit jeweils mehr als acht Betten über 1 Mill. Übernachtungen gezählt. Mehr als die Hälfte der Gäste und gut 60 % der Übernachtungen entfallen hier auf die Stadt Bernkastel-Kues, wo mehr als 4 000 Fremdenbetten zur Verfügung stehen.

Beim Übernachtungsaufkommen folgen die Verbandsgemeinden Kröv-Bausendorf (622 815), Kelberg (566 779), Daun (556 002) und Schweich (498 200). Das hervorragende Ergebnis der Verbandsgemeinde Kelberg, in der insgesamt nur 18 Betriebe mit jeweils mehr als acht Betten erfaßt werden, wird ganz überwiegend durch ein in Gunderath angesiedeltes Ferienzentrum getragen, das bevorzugt von niederländischen und belgischen Gästen besucht wird und im letzten Jahr 2 344 Betten anbot. Sechs von zehn Übernachtungen der Verbandsgemeinde Kröv-Bausendorf fanden in den knapp 3 000 Betten der Gemeinde Kröv selbst statt. Die hohe Intensität der Verbandsgemeinde Obere Kyll ergibt sich beispielsweise bei 269 996 Übernachtungen aus der vergleichsweise niedrigen Einwohnerzahl von 9 068.

17 859 Übernachtungen je 1 000 Einwohner in den Heilbädern

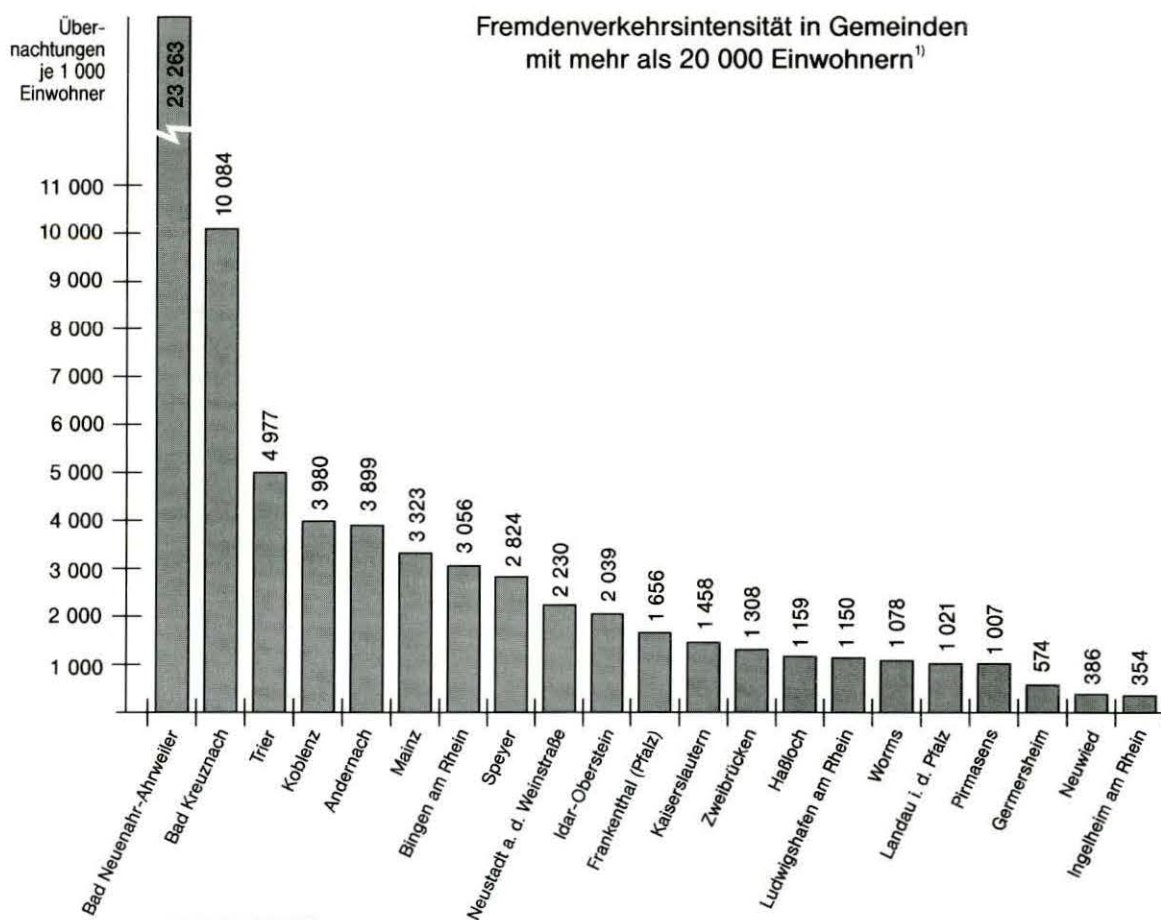
Die Fremdenverkehrsintensität in mehreren Landkreisen und Verbandsgemeinden wird natürlich maßgeblich von dort angesiedelten Heilbädern beeinflusst, die sich meistens durch eine überdurchschnittlich hohe mittlere Aufenthaltsdauer auszeichnen. Während der Gast in Bad Bertrich 1997 noch 9,2 Tage verweilte, lag der Heilbäderdurchschnitt 1997 bei 4,5 Tagen und ist damit erstmals seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen 1951 unter 5 Tage gesunken. Weniger Übernachtungen als 1997 gab es letztmals im Jahr 1969. Nachdem die jüngste Gesundheitsreform im Kurwesen nach dem Inkrafttreten bereits im Jahr 1996 Einschnitte brachte, war die rückläufige Entwicklung 1997 vor allem bei der Übernachtungszahl besonders nachhaltig.

Fremdenverkehrsintensität in Gemeinden mit mehr als 125 000 Übernachtungen

Gemeinde	Übernachtungen 1997	Bevölkerung am 30. 6. 1997	Übernachtungen je 1 000 Einwohner
Bernkastel-Kues	642 132	7 213	89 024
Bad Neuenahr-Ahrweiler	619 758	26 641	23 263
Kfr St Mainz	616 485	185 532	3 323
Gunderath	525 701	133	3 952 639
Bad Dürkheim	502 195	18 445	27 227
Kfr St Trier	496 134	99 679	4 977
Bad Kreuznach	436 730	43 308	10 084
Kfr St Koblenz	435 882	109 520	3 980
Kröv	377 290	2 402	157 073
Leiwien	349 856	1 506	232 308
Cochern	336 638	5 557	60 579
Bad Bergzabern	333 775	8 268	40 369
Bad Münster am Stein-Ebernburg	297 956	3 765	79 138
Boppard	284 591	16 356	17 400
Daun	262 234	8 577	30 574
Oberhambach	246 947	258	957 159
Kell am See	227 795	1 868	121 946
Bad Ems	223 922	9 821	22 800
Stadtkyll	219 330	1 506	145 637
Bad Bertrich	209 975	1 039	202 093
Kfr St Ludwigshafen a. Rh.	191 833	166 767	1 150
Traben-Trarbach	184 130	6 105	30 161
Kfr St Kaiserslautern	148 042	101 543	1 458
Saarlouis	147 450	6 043	24 400
Lahnstein	143 618	18 970	7 571
Zell (Mosel)	143 437	4 466	32 118
Kfr St Speyer	140 292	49 674	2 824
Oberwesel	134 012	4 168	32 153
Manderscheid	131 032	1 301	100 716
Bollendorf	125 875	1 668	75 465

Fremdenverkehrsintensität in den Heilbädern

Gemeinde	Fremdenbetten		Bevölkerung am 30. 6.		Fremdenbetten je 1 000 Einwohner		Übernachtungen je 1 000 Einwohner	
	1995	1997	1995	1997	1995	1997	1995	1997
Bad Bergzabern	1 815	2 101	8 102	8 268	224	254	34 807	40 369
Bad Bertrich	1 726	1 734	1 068	1 039	1 616	1 669	356 649	202 093
Boppard	3 195	2 936	16 343	16 356	195	180	19 662	17 400
Bad Breisig	1 136	1 090	8 494	8 736	134	125	14 757	13 906
Daun	1 870	1 915	8 385	8 577	223	223	33 946	30 574
Diez	244	233	10 171	10 461	24	22	2 544	2 186
Bad Dürkheim	2 647	2 670	18 156	18 445	146	145	31 053	27 227
Bad Ems	1 519	1 484	10 049	9 821	151	151	35 017	22 800
Bad Hönningen	1 027	1 034	5 750	5 773	179	179	15 023	14 018
Bad Kreuznach	2 886	2 811	42 685	43 308	68	65	13 047	10 084
Kyllburg	276	285	1 147	1 105	241	258	24 433	24 362
Lahnstein	1 361	1 349	18 881	18 970	72	71	8 460	7 571
Manderscheid	1 027	1 064	1 314	1 301	782	818	123 630	100 716
Bad Marienberg	697	611	5 772	5 945	121	103	14 587	12 243
Bad Münster am Stein-Ebernburg	2 904	2 819	3 806	3 765	763	749	111 609	79 138
Bad Neuenahr-Ahrweiler	4 779	4 831	26 274	26 641	182	181	31 928	23 263
Rengsdorf	554	394	2 665	2 744	208	144	13 329	8 153
Sinzig	213	199	16 316	16 861	13	12	904	886
Bad Sobernheim	674	770	6 595	6 549	102	118	17 666	15 357
Vallendar	708	688	9 380	9 419	75	73	13 141	9 769
Ehlscheid	259	242	1 241	1 250	209	194	22 427	18 918
Insgesamt	31 517	31 260	222 594	225 334	142	139	22 440	17 859



1) Stand: 30. 6. 1997

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 106/98/M

Gegenüber 22 440 Übernachtungen je 1 000 Einwohner 1995, dem Jahr vor der Gesundheitsreform, wurde 1997 noch eine Fremdenverkehrsintensität von 17 859 Übernachtungen je 1 000 Einwohner gemessen. Die Heilbäder Bad Bertrich, Manderscheid und Bad Münster am Stein-Ebernburg weisen bei Einzelbetrachtung die höchsten Werte aus. Deutlich unter dem Heilbädere Durchschnitt liegen Sinzig und Diez.

Bernkastel-Kues erstmals mit mehr Übernachtungen als Bad Neuenahr-Ahrweiler

Bad Neuenahr-Ahrweiler (1997: 619 758 Übernachtungen), gemessen an der Übernachtungszahl über viele Jahre die bedeutendste Fremdenverkehrsgemeinde in Rheinland-Pfalz, wurde 1997 erstmals von Bernkastel-Kues (642 132) überflügelt. Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die Einschnitte im Kursektor bei, die dazu führten, daß in Bad Neuenahr-Ahrweiler ein Fünftel der Übernachtungen des Jahres 1996 wegfielen. In Bernkastel-Kues wurden 1997 um 8,6 % weniger Übernachtungen gebucht als im Jahr davor. Auf den weiteren Plätzen folgen Mainz (616 485), Gunderath (525 701) und das Staatsbad Bad Dürkheim (502 195), wo das Übernachtungsaufkommen um 9,4 % zurückging. Die, gemessen an der Übernachtungszahl,

zehn bedeutendsten rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsorte vereinen mit 26 % bereits ein gutes Viertel aller Übernachtungen auf sich.

Unter den Kommunen mit weniger als 2 000 Einwohnern kommt Leiwern (349 856 Übernachtungen), Oberhambach (246 947), Kell am See (227 795), Stadtkyll (219 330), Bad Bertrich (209 975), Manderscheid (131 032), Bollendorf (125 875), Biersdorf am See (117 902), Altenahr (115 413) und Reil (103 114) mit jeweils mehr als 100 000 Übernachtungen eine erhebliche Bedeutung im rheinland-pfälzischen Tourismus zu. Nach der Gemeinde Gunderath zeichnen sich einige dieser Orte, wie Oberhambach, Leiwern, Bad Bertrich, Kröv und Stadtkyll naturgemäß auch durch eine relativ hohe Fremdenverkehrsintensität aus.

In einer weiteren Betrachtung der einwohnerstärkeren Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern fällt auf, daß neben den bereits erwähnten Orten Bad Dürkheim (27 227), Bad Neuenahr-Ahrweiler (23 263) und Trier (4 977) lediglich noch Boppard (17 400), Bad Kreuznach (10 084), Montabaur (7 935), Lahnstein (7 571), Höhr-Grenzhausen (7 278), Mülheim-Kärlich (5 832), Morbach (5 765) und Remagen (5 111) eine Fremdenverkehrsintensität aufweisen, die über dem Landesdurchschnitt liegt.

**Ausländische Gäste und deren Übernachtungen 1997 nach dem Herkunftsland
(ohne Campingplätze)**

Herkunftsland der Gäste ¹⁾	Gäste		Übernachtungen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Bundesrepublik Deutschland	4 877 416	80,1	15 820 226	81,1
Ausland	1 210 261	19,9	3 697 662	18,9
davon aus				
Belgien	152 472	2,5	488 968	2,5
Dänemark	18 443	0,3	54 722	0,3
Frankreich	43 801	0,7	91 265	0,5
Großbritannien und Nordirland	161 726	2,7	423 484	2,2
Luxemburg	7 869	0,1	21 620	0,1
Niederlande	383 902	6,3	1 712 670	8,8
Österreich	21 133	0,3	49 238	0,3
Schweden	22 210	0,4	50 087	0,3
Schweiz	21 665	0,4	42 697	0,2
USA	157 661	2,6	314 342	1,6
Japan	21 914	0,4	34 572	0,2
übrige Länder	197 465	3,2	413 997	2,1
Insgesamt	6 087 677	100	19 517 888	100

1) Maßgebend ist der ständige Wohnsitz der Gäste, nicht die Nationalität.

Bei jeder dritten Übernachtung in Rheinhessen ein ausländischer Gast

20 % der gemeldeten Gäste in Rheinland-Pfalz kommen aus dem Ausland und vereinigen 19 % der registrierten Übernachtungen auf sich. Touristen aus den Niederlanden und Belgien, Großbritannien und den USA gehören traditionell zu den ausländischen Besuchergruppen, die die Fremdenverkehrsintensität entscheidend mitprägen. Im Fremdenverkehrsgebiet Rheinhessen entfiel 1997 jede dritte Übernachtung auf einen ausländischen Besucher, in der Region Eifel/Ahr wurde gut jede vierte Übernachtung einem ausländischen Touristen zugeordnet. Im Gebiet Mosel/Saar (23 %) und im Rheintal (22 %) war der Anteil ausländischer Übernachtungen ebenfalls relativ hoch. Der Anteil ausländischer Gäste an allen gemeldeten Gästeankünften ist auch auf der regionalen Ebene der Fremdenverkehrsgebiete, Landkreise und kreisfreien Städte tendenziell höher als deren Übernachtungsanteil, weil die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ausländischer Gäste im allgemeinen unter derjenigen der deutschen Gäste liegt. Bei stärkerer Regionalisierung werden indes erhebliche Abweichungen sichtbar, die etwa aus der Größe und Struktur der Betriebe, aus der Prädikatisierung einer Gemeinde, der Attraktivität einer Region oder dem touristischen Angebot vor Ort resultieren.

Die höchsten Anteile ausländischer Übernachtungen an allen Übernachtungen weisen die Landkreise Kaiserslautern (43 %), Trier-Saarburg (37 %), Daun (35 %) und Bitburg-Prüm (34 %) auf. Unter den kreisfreien Städten lassen sich die höchsten Anteilswerte für Mainz (44 %) und Ludwigshafen (28 %) errechnen. Außerordentlich hohe Anteilswerte sind zudem in den Verbandsgemeinden Ramstein-Miesenbach (88 %), Landstuhl (76 %), Arzfeld (64 %), Kelberg (56 %), Gerolstein (50 %), Kell am See (49 %), Thalfang am Erbeskopf (43 %), Braubach, Obere Kyll (jeweils 42 %) und Saarburg (41 %) festzustellen.

Das touristisch bedeutendste Herkunftsland sind für Rheinland-Pfalz die Niederlande. Bei 383 902 Gästen wurden 1 712 670 Übernachtungen gezählt, womit sich niederländische Gäste – im Gegensatz zu vielen anderen Herkunftsländern – durch eine weit überdurchschnittliche Aufenthaltsdauer auszeichnen. Nach den Niederländern entfallen die meisten Gäste und Übernachtungen auf Belgien (152 472 Gäste, 488 968 Übernachtungen), Briten und Nordiren (161 726, 423 484), US-Amerikaner (157 661, 314 342) und Franzosen (43 801, 91 265).

Jeder sechste Gast aus den Niederlanden fährt nach Gunderath

In einer Betrachtung der wichtigen Fremdenverkehrsgemeinden entfallen die meisten Übernachtungen niederländischer Gäste auf Gunderath (281 393), Leinen (153 387), Kröv (148 421), Kell am See (109 396) und Cochem (97 914). Bei 66 114 niederländischen Besuchern allein in Gunderath fährt rein rechnerisch jeder sechste niederländische Gast in diese 133-Seele-Gemeinde südöstlich von Kelberg. Belgier übernachten bevorzugt in Cochem (24 246), Gunderath (19 478) oder Bernkastel-Kues (15 245). Briten und Nordiren verweilen gerne in Boppard (48 970), Koblenz (26 537) oder Andernach (25 145); US-Amerikaner nächtigen vorzugsweise in Beherbergungsbetrieben in Mainz (100 922), Ramstein-Miesenbach (30 046) und Landstuhl (30 036). Altenahr (9 790) ist bei Dänen beliebt und Bernkastel-Kues (6 878) bei Schweden. Anteilswerte ausländischer Übernachtungen am gesamten Übernachtungsaufkommen von jeweils mehr als 40 % weisen auch die Gemeinden Waxweiler, Gerolstein, Saarburg, Stadtkyll, Sankt Goarshausen, Thalfang und Kamp-Bornhofen auf.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen

Mit dem vorliegenden Beitrag wird die Ergebniskommentierung zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995 fortgesetzt und speziell auf die Situation teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen eingegangen. Über die konzeptionelle Ausgestaltung der Erhebung sowie die Ergebnisse der Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach verdienstbestimmenden Merkmalen wurde bereits ausführlich berichtet.¹⁾ Zum besseren Verständnis der Ergebnisse werden zunächst noch einmal wesentliche Erläuterungen stichwortartig vorangestellt.

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung für das Jahr 1995 wurde als Gemeinschaftserhebung in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt. Sie stützte sich daher neben dem nationalen Gesetz über die Lohnstatistik²⁾ auch auf die Verordnung des Rates der Europäischen Union über die Struktur und Verteilung der Verdienste³⁾. Die Erhebung umfaßt Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten des produzierenden Gewerbes (Abschnitte C-F), des Handels (Abschnitt G) sowie des Kredit- und Versicherungsgewerbes (Abschnitt J) der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

Bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung handelt es sich um eine Repräsentativerhebung mit zweistufigem Auswahlverfahren. Die erste Stufe sieht die Auswahl der Stichprobenbetriebe vor. Anschließend erfolgt in der zweiten Stufe die Ziehung der zu befragenden Arbeitnehmer aus den Beschäftigten der auskunftspflichtigen Betriebe. Bei den notwendigen Angaben der ausgewählten Arbeitnehmer handelt es sich sowohl um persönliche als auch um an das Beschäftigungsverhältnis geknüpfte Merkmale. Diese werden im Individualverfahren getrennt nach Arbeitern und Angestellten erfragt. Im Gegensatz zu den laufenden Verdiensterhebungen werden auch die Teilzeitbeschäftigten einbezogen. Als Teilzeitbeschäftigte gelten bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung Personen, deren vertragliche Arbeitszeit unter der betriebsüblichen liegt. Nicht einzubeziehen waren dagegen die von der Sozialversicherungspflicht wegen geringfügig entlohnter oder kurzfristiger Beschäftigung befreiten Arbeitnehmer. Als Berichtszeitraum wurde das gesamte Jahr 1995 sowie der Monat Oktober festgelegt.

Umfang der Teilzeitbeschäftigung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen

In den rheinland-pfälzischen Betrieben des produzierenden Gewerbes, des Handels sowie des Kredit-

und Versicherungsgewerbes mit zehn und mehr Beschäftigten arbeitete im Oktober 1995 etwa jeder zehnte Beschäftigte mit reduzierter Arbeitszeit. Die Teilzeitbeschäftigung, die es in vielen Fällen ermöglicht, Familie und Beruf zu vereinbaren, war erwartungsgemäß bei den Frauen mit 31 % erheblich stärker ausgeprägt als bei den Männern, wo die entsprechende Quote lediglich bei 3 % lag. Die Bedeutung der Teilzeitarbeit war im produzierenden Gewerbe mit 6 % der Beschäftigten (Männer 2 %, Frauen 23 %) deutlich geringer als im Dienstleistungsbereich mit 22 % (Männer 6 %, Frauen 41 %). Ein vergleichbares Bild zeigt die Aufteilung der Arbeitnehmer in Arbeiter und Angestellte. Die entsprechenden Relationen beliefen sich für Arbeiter auf 5 % (Männer 2 %, Frauen 22 %) und für Angestellte auf 18 % (Männer 6 %, Frauen 34 %). Diese Verhältniszahlen werden, sowohl was die Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen als auch die nach Arbeitnehmergruppen betrifft, insbesondere von den teilzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten des Handels, die mehr als ein Drittel aller Teilzeitkräfte ausmachen, dominiert.

Von den knapp 50 000 teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern des Erhebungsbereichs waren 79 % Frauen. Der Anteil war bei den weiblichen Angestellten (81 %) merklich höher als bei den Arbeiterinnen (71 %) und reichte bei der Betrachtung nach Arbeitnehmergruppen und Wirtschaftsbereichen von 68 % für Arbeiterinnen des produzierenden Gewerbes bis zu 86 % der weiblichen Angestellten der einbezogenen Dienstleistungsbereiche. Wegen der geringen Anzahl teilzeitbeschäftigter Männer beziehen sich die folgenden Ausführungen nur auf Arbeitnehmerinnen. Dabei werden Beschäftigungsstruktur und Verdienstsituation teilzeitbeschäftigter Frauen dargestellt und die Ergebnisse mit denen ihrer vollzeittätigen Kolleginnen verglichen.

Teilzeitarbeit häufiger im Dienstleistungsbereich

Die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen waren im Oktober 1995 überwiegend (zu 62 %) im produzierenden Gewerbe tätig. Davon entfielen mehr als 9 von 10 Beschäftigten auf das verarbeitende Gewerbe. Bei der Betrachtung der Teilzeitkräfte fällt auf, daß lediglich 41 % der Frauen im produzierenden Gewerbe beschäftigt waren. Die Tätigkeitsschwerpunkte lagen zwar auch hier im verarbeitenden Gewerbe (83 %), aufgrund der relativ großen Zahl weiblicher Angestellter im Baugewerbe kommt es aber zu einer geringfügigen Verschiebung der Gewichte. Ein differenzierter Vergleich der einzelnen Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes zeigt allerdings hinsichtlich der Struktur der Arbeitnehmerinnen keine wesentlichen Unterschiede zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Unabhängig von der Dauer der Arbeitszeit ist die chemische Industrie für die Beschäftigungssituation in Rheinland-Pfalz mit einem Fünftel der werktätigen Frauen der bedeutendste Wirtschaftszweig des verarbeitenden Gewerbes. Ein Blick auf die verschiedenen Bereiche zeigt den unter-

1) Vgl. Thomas Kirschey, Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995 – Verdienste von Arbeiterinnen und Arbeitern, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 10/97, S. 215–221 und Thomas Kirschey, Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995 – Verdienste der Angestellten, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 12/97, S. 275–281.

2) Gesetz über die Lohnstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1996 (BGBl. S. 538), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. S. 3158).

3) Verordnung (EG) Nr. 2744/95 des Rates vom 27. November 1995 zu den Statistiken über Struktur und Verteilung der Verdienste (ABl. EG Nr. L 287 S.3).

schiedlichen Umfang der Teilzeitbeschäftigung. In der chemischen Industrie arbeiteten 5 % der Beschäftigten bzw. 22 % der Frauen in Teilzeit. Mit 86 % waren hier die Frauen an den gesamten Teilzeitbeschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten. Auch im Holzgewerbe und im Fahrzeugbau war nicht einmal jeder zwanzigste Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt. Dagegen arbeiteten 14 % der Beschäftigten und zwar fast ausschließlich Frauen (zu 97 %) des Textil- und Bekleidungsgewerbes als Teilzeitkraft.

Wesentlicher für die Bedeutung der Teilzeitarbeit ist allerdings die durch die hohe Zahl weiblicher Angestellter im Bereich des Handels bedingte Verschiebung hin zum Dienstleistungssektor. Während die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen hier nur zu 38 % tätig waren (davon 70 % im Handel sowie 30 % im Kredit- und Versicherungsgewerbe), dominierte für die Modelle reduzierter Arbeitszeit der Dienstleistungssektor mit 59 % (davon 83 % im Handel sowie 17 % im Kredit- und Versicherungsgewerbe). Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten an allen Arbeitnehmern betrug hier 22 %, speziell bei den Frauen 41 %. Abschließend seien noch drei außergewöhnlich hohe Relationen zum Thema Teilzeitarbeit erwähnt. 27 % aller Angestellten des Dienstleistungssektors waren teilzeitbeschäftigt. Bei den weiblichen

Angestellten des Handels lag diese Quote sogar bei 45 %. Außerdem handelte es sich bei 90 % der Teilzeitbeschäftigten des Kredit- und Versicherungsgewerbes um Frauen.

Streuung der Arbeitszeit

Eingangs wurden, für die Zwecke der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, Personen, deren vertragliche Arbeitszeit unter der betriebsüblichen lag, als Teilzeitbeschäftigte bezeichnet. Diese Definition läßt bereits vermuten, daß durch die verschiedenen Arbeitszeitmodelle eine erheblich größere Streuung der Arbeitszeiten als bei Vollzeitbeschäftigten vorliegen muß. Die durchschnittliche vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit aller teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen des gesamten Erhebungsbereichs betrug 23,4 Stunden. Das arithmetische Mittel der Wochenarbeitszeit lag für Arbeiterinnen bei 23,2 und für weibliche Angestellte bei 23,4 Stunden. Auch die Betrachtung weiterer Lageparameter⁴⁾ der

4) Neben dem arithmetischen Mittel läßt sich der Verlauf einer Verteilung besonders gut durch verschiedene Quantilswerte beschreiben. Dazu werden die Beobachtungswerte in aufsteigender Höhe der Merkmalsausprägung sortiert. Der Zentralwert oder Median ist dann der Wert, der in dieser Sortierung genau die Mitte einnimmt. Bei einer Zerlegung der Reihe in fünf gleich große Teile bezeichnen die vier Quintilswerte jeweils den oberen Wert des entsprechenden Fünftels.

Angaben zur Struktur der Arbeitnehmer im Oktober 1995 nach Geschlecht und Wirtschaftsbereich

Wirtschaftsbereich	Arbeitnehmer			Arbeiter			Angestellte		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Voll- und Teilzeitbeschäftigte									
Insgesamt	480 955	352 394	128 561	268 783	229 842	38 941	212 171	122 552	89 620
Produzierendes Gewerbe	358 171	286 844	71 327	234 741	201 420	33 322	123 429	85 424	38 005
Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	122 784	65 550	57 234	34 042	28 422	5 620	88 742	37 128	51 615
Vollzeitbeschäftigte									
Insgesamt	431 110	341 858	89 251	256 498	226 309	30 189	174 612	115 549	59 063
Produzierendes Gewerbe	335 545	280 274	55 271	225 405	198 388	27 017	110 140	81 886	28 254
Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	95 565	61 585	33 981	31 093	27 921	3 172	64 472	33 663	30 809
Teilzeitbeschäftigte									
Insgesamt	49 845	10 535	39 309	12 285	3 533	8 752	37 560	7 002	30 557
Produzierendes Gewerbe	22 626	6 570	16 056	9 336	3 032	6 304	13 290	3 538	9 752
Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	27 219	3 965	23 254	2 949	501	2 448	24 270	3 464	20 806
Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Voll- und Teilzeitbeschäftigten in %									
Insgesamt	10	3	31	5	2	22	18	6	34
Produzierendes Gewerbe	6	2	23	4	2	19	11	4	26
Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	22	6	41	9	2	44	27	9	40
Anteil der Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht in %									
Insgesamt	100	21	79	100	29	71	100	19	81
Produzierendes Gewerbe	100	29	71	100	32	68	100	27	73
Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	100	15	85	100	17	83	100	14	86

**Verdienste, Arbeitszeiten und gesetzliche Abzüge teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen
im Oktober 1995 nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig (Abschnitte und Unterabschnitte der WZ 93)		Arbeit- nehme- rinnen	verein- barte Wochen- arbeits- zeit	Bruttomonatsverdienst		Nettomonatsverdienst		Gesetzliche Abzüge	
				ins- gesamt	darunter für Mehr- arbeit	ins- gesamt	Anteil am Brutto- monats- verdienst	Lohn- steuer	Beiträge zur Sozialver- sicherung
				DM		%		DM	
		Anzahl	Stunden						
C-F, G, J	Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	39 309	23,4	2 266	35	1 440	63,5	381	445
C-F	Produzierendes Gewerbe	16 056	23,2	2 413	45	1 527	63,3	416	470
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	/	/	/	/	/	/	/	/
D	Verarbeitendes Gewerbe	13 302	23,7	2 457	50	1 555	63,3	425	477
DA	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	1 238	23,8	2 093	106	1 345	64,3	336	411
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe	750	25,1	1 866	27	1 190	63,8	306	370
DC	Ledergewerbe	688	25,3	1 697	33	1 160	68,4	202	335
DD	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	/	/	/	/	/	/	/	/
DE	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	858	21,6	2 159	71	1 326	61,4	408	425
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	/	/	/	/	/	/	/	/
DG	Chemische Industrie	2 674	23,4	3 118	82	1 922	61,6	604	592
DH	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	862	23,9	2 171	39	1 376	63,4	367	429
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	867	23,9	2 458	19	1 574	64,1	398	486
DJ	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	989	23,5	2 367	37	1 511	63,8	392	464
DK	Maschinenbau	1 541	25,1	2 646	18	1 661	62,8	465	519
DL	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	1 031	22,7	2 255	64	1 421	63,0	391	443
DM	Fahrzeugbau	(431)	(23,0)	(2 735)	(13)	(1 754)	(64,2)	(453)	(527)
DN	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeug- nissen; Recycling	1 209	23,8	2 607	23	1 697	65,1	413	497
E	Energie- und Wasserversorgung	1 131	20,1	2 347	38	1 476	62,9	407	464
F	Baugewerbe	(1 548)	(21,2)	(2 054)	(3)	(1 312)	(63,9)	(337)	(405)
G, J	Handel, Kredit- und Versicherungs- gewerbe	23 254	23,5	2 164	28	1 379	63,7	356	428
G	Handel	19 342	23,9	2 117	32	1 362	64,3	336	419
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 911	21,3	2 397	5	1 465	61,1	457	475

Verteilung zeigen keine wesentlichen Unterschiede in der Analyse für Arbeiterinnen und Angestellte. Der Zentralwert betrug für Arbeiterinnen 23,1 Wochenstunden (Angestellte: 23,0). 20 % der Arbeiterinnen (1. Quintil) hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von unter 19,3 Stunden (Angestellte: 19,5), während der 4. Quintilswert für Arbeiterinnen bei genau 30 Wochenstunden (Angestellte: 28,6) lag. Hierdurch wird die Spanne der verschiedenen vereinbarten Teilzeitmodelle deutlich. Auffällig ist die starke Häufung der Anteile in den Bereichen um die sogenannten Halbtags- bzw. Dreivierteltagsbeschäftigungen. Etwa ein Viertel der Arbeitnehmerinnen arbeitete zwischen 19 und 21 Wochenstunden, jede zehnte zwischen 29 und 31 Wochenstunden. Hier hätte eine geringfügige Verschiebung nach unten, analog zu der auf 37,7 Stunden gesunkenen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen, vermutet werden können. Die Standardabweichung der wöchentlichen Arbeitszeit betrug bei Arbeiterinnen 5,9 und bei Angestellten 5,3 Stunden. Die entsprechenden Variationskoeffizienten lauten somit 25 bzw. 23 %.

Verdienstsituation teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen

Die 39 300 teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen des produzierenden Gewerbes, des Handels sowie des Kredit- und Versicherungsgewerbes erzielten im Oktober 1995 bei einer vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich 23,4 Stunden einen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2 266 DM. Die gesetzlichen Abzüge von 826 DM (381 DM Lohnsteuer, 445 DM Sozialversicherungsbeiträge) führten zu einem Nettoverdienst von 1 440 DM. Die Bruttomonatsverdienste lagen im produzierenden Gewerbe bei einer um 0,3 Wochenstunden kürzeren Arbeitszeit um 250 DM über denen des Dienstleistungsbereichs. Das Bruttogehalt der Angestellten übertraf die Löhne der Arbeiterinnen des gesamten Erhebungsbereichs sogar um über 400 DM monatlich. Die im Vergleich mit ihren vollzeittätigen Kolleginnen niedrigeren Verdienste werden durch verschiedene Faktoren beeinflusst, verhalten sich aber in erster Linie parallel zu den kürzeren Arbeitszeiten. Arbeitnehmerinnen erzielten für 62 % der Arbeitszeit

einen Bruttoverdienst von 59 % sowie einen Nettoverdienst von 60 %. Bei den Arbeiterinnen lagen die entsprechenden Quoten jeweils um einen Prozentpunkt höher. Weiblichen Angestellten blieb beim gleichen Arbeitszeitanteil aufgrund der tendenziell höheren Gehälter und der damit verbundenen größeren Abzüge 59 % vom Nettogehalt übrig.

Die Verdienstsituation in den einzelnen Wirtschaftszweigen entspricht im wesentlichen der aus der laufenden Verdiensterhebung bekannten Abstufung bei den Vollzeitkräften. Die höchsten Verdienste konnten im Bereich der chemischen Industrie (3 118 DM) erzielt werden, während das Ledergewerbe (1 697 DM) trotz der längsten vereinbarten Arbeitszeit von 25,3 Wochenstunden das Schlußlicht im verarbeitenden Gewerbe bildet. Ein Blick auf die Qualifikationsstruktur erklärt die Situation. In der chemischen Industrie waren vier von zehn Teilzeitkräften als Facharbeiterinnen eingestuft. Im Ledergewerbe dagegen kam auf zehn Frauen lediglich eine Facharbeiterin, dafür handelte es sich bei acht von zehn Beschäftigten um ungelernte Kräfte. Bei den Angestellten verhielt es sich ähnlich. Im Bereich der chemischen Industrie waren mit 85 % überdurchschnittlich viele Frauen mit Tätigkeiten betraut, die besondere Fachkenntnisse erfordern. Der entsprechende Wert für den gesamten Bereich des verarbeitenden Gewerbes lag bei 73 %.

Neben der Streuung der Arbeitszeiten soll auch noch kurz auf die Streuung der Verdienste teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen eingegangen werden. Der Zentralwert des monatlichen Bruttolohns wurde mit 2 140 DM deutlich unterhalb des arithmetischen Mittels festgestellt. Da es sich im Gegensatz zur Streuung der Arbeitszeiten um eine eingipfelige Verteilung handelt, kann daraus auf eine rechtsschiefe Verteilung, bei der die höheren Verdienste stärker streuen, geschlossen werden. Der überwiegende Teil (die mittleren 60 %) der Arbeitnehmerinnen rangierte mit dem Bruttomonatsverdienst zwischen 1 645 DM (1. Quintil) und 2 800 DM (4. Quintil). Die Standardabweichung betrug 844 DM und bedingt einen Variationskoeffizienten von 37 %, der im Vergleich mit den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen die erwartet stärkere Streuung der Verdienste (33 %) erkennen läßt.

Verdienste teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen im Oktober 1995 nach Dauer der Unternehmenszugehörigkeit

Dauer der Unternehmenszugehörigkeit von ... Jahren	Arbeitnehmerinnen		Arbeiterinnen		Angestellte	
	insgesamt	Bruttomonatsverdienst	zusammen	Bruttomonatsverdienst	zusammen	Bruttomonatsverdienst
	Anzahl	DM	Anzahl	DM	Anzahl	DM
unter 1	3 601	1 978	617	1 769	2 984	2 021
1 – 2	5 206	1 964	1 042	1 778	4 163	2 011
3 – 5	9 489	2 139	2 172	1 890	7 316	2 212
6 – 10	6 512	2 242	1 924	1 972	4 588	2 354
11 – 15	4 944	2 339	1 189	1 977	3 754	2 454
16 – 20	4 487	2 435	991	1 945	3 496	2 575
21 – 25	2 842	2 764	(402)	(2 379)	2 440	2 827
26 – 30	1 135	2 832	(242)	(2 342)	893	2 965
31 und mehr	1 094	2 981	172	2 404	922	3 088
Insgesamt	39 309	2 266	8 752	1 949	30 557	2 356

Verdienste teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen im Oktober 1995 nach dem Alter

Alter von ... Jahren	Arbeitnehmerinnen		Arbeiterinnen		Angestellte	
	insgesamt	Bruttomonats- verdienst	zusammen	Bruttomonats- verdienst	zusammen	Bruttomonats- verdienst
	Anzahl	DM	Anzahl	DM	Anzahl	DM
unter 25	1 606	2 083	(201)	(2 178)	1 405	2 069
25 – 29	3 185	2 321	605	2 117	2 580	2 369
30 – 34	6 482	2 249	1 284	1 924	5 198	2 329
35 – 39	7 003	2 235	1 467	1 960	5 536	2 308
40 – 44	6 376	2 341	1 571	2 023	4 805	2 446
45 – 49	5 556	2 347	1 059	2 085	4 496	2 409
50 – 54	4 964	2 243	1 339	1 829	3 624	2 396
55 und mehr	4 139	2 172	1 226	1 763	2 912	2 345
Insgesamt	39 309	2 266	8 752	1 949	30 557	2 356

Längere Unternehmenszugehörigkeit und höheres Durchschnittsalter bei Teilzeitkräften

Die Tatsache, daß bei der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung Verdienste und persönliche Angaben der einzelnen Arbeitnehmer nach der Individualmethode erfragt werden, ermöglicht eine Untersuchung der Löhne und Gehälter nach verdienstbestimmenden Merkmalen. Eng miteinander verknüpft sind das Lebensalter sowie die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit. Aber auch die Ausbildung und die damit verbundene Tätigkeit, die zur Einstufung in die verschiedenen Leistungsgruppen führt, sind in Abhängigkeit von diesen Faktoren zu sehen. Die nachfolgende Betrachtung beschränkt sich allerdings jeweils auf eine eindimensionale Analyse der jeweiligen verdienstbestimmenden Merkmale.

Die teilzeitbeschäftigten Arbeiterinnen des gesamten Erhebungsbereichs waren im Durchschnitt seit neun Jahren in ihrem Unternehmen tätig und 43 Jahre alt. Die weiblichen Angestellten hatten ein Durchschnittsalter von 41 Jahren bei einem Dienstal-ter von zehn Jahren. Damit verfügten sie nicht nur über eine etwas längere Betriebszugehörigkeit als ihre vollzeitbeschäftigten Kolleginnen, sondern waren durchschnittlich vier (Arbeiterinnen) bzw. sechs (Angestellte) Jahre älter als diese. Viele haben vermutlich ihre Tätigkeit als Vollzeitkraft begonnen und erst im Laufe ihres Berufslebens die

Arbeitszeit reduziert, sind aber auch nach den Unterbrechungen des Arbeitslebens durch Zeiten der Kindererziehung ihrem Unternehmen treu geblieben. Mehr als die Hälfte aller Frauen hatte eine Beschäftigungszeit von mehr als fünf Jahren im Unternehmen. Bei den Teilzeitkräften wiesen sogar ein Viertel aller Arbeitnehmerinnen eine mehr als 15jährige Betriebszugehörigkeit auf, wobei für weibliche Angestellte eine etwas längere Dienstzeit als für Arbeiterinnen beobachtet werden konnte. Bei den Teilzeitkräften ist ebenfalls eine positive Korrelation zwischen Verdienst und Dienstzeit feststellbar. Bereits ab einer Zugehörigkeit von mehr als fünf Jahren im Unternehmen wurden überdurchschnittliche Verdienste erzielt. Beschäftigte, die schon länger als 25 Jahre im Unternehmen waren, verdienten bis zu 50 % mehr als diejenigen mit weniger als zwei Beschäftigungsjahren.

Im Gegensatz dazu besteht ein solch enger Zusammenhang zwischen Lebensalter und Verdienstniveau nicht. Die durchschnittlichen Bruttoverdienste der verschiedenen Altersgruppen variierten nur geringfügig um den Gesamtdurchschnitt. Erwartungsgemäß waren die unter 30jährigen bei den Teilzeitkräften mit 12 % deutlich seltener anzutreffen als bei den ganztägig Beschäftigten, wo 34 % der Arbeitnehmerinnen dieser Altersgruppe angehörten. Genau anders herum verhielt es sich bei den Frauen, die das 40. Lebensjahr überschritten hatten und nach der Rückkehr ins Berufsleben

Verdienste teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen im Oktober 1995 nach Leistungsgruppen

Arbeiterinnen			Angestellte		
Leistungsgruppe	insgesamt	Brutto- monatsverdienst	Leistungsgruppe	insgesamt	Brutto- monatsverdienst
	Anzahl	DM		Anzahl	DM
Leistungsgruppe 1	1 936	2 360	Leistungsgruppe II	2 555	3 437
davon: 1 a	1 242	2 468	Leistungsgruppe III	20 404	2 385
1 b	694	2 166	davon: III a	10 708	2 496
Leistungsgruppe 2	1 117	2 007	III b	9 697	2 262
Leistungsgruppe 3	5 699	1 799	Leistungsgruppe IV	4 257	2 050
			Leistungsgruppe V	3 317	1 685
Insgesamt	8 752	1 949	Insgesamt	30 557	2 356

aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen nur noch an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert waren. Die entsprechenden Klassenbesetzungen lauten 54 % (Teilzeit) bzw. 36 % (Vollzeit) aller Arbeitnehmerinnen.

Höheres Ausbildungsniveau auch bei teilzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten

Wesentliche Qualifikationsunterschiede bestehen nicht zwischen voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen, sondern zwischen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten. Zunächst muß vorangestellt werden, daß der stärkste verdienstbestimmende Einfluß vom jeweiligen Ausbildungsniveau und der daraus resultierenden ausgeübten Tätigkeit, die von der Lohnstatistik durch verschiedene Leistungsgruppen erfaßt wird, ausgeht. Aus der Übersicht wird erkennbar, daß gut ein Fünftel der teilzeitbeschäftigten Frauen als Facharbeiterinnen mit einem Bruttolohn von 2 360 DM eingruppiert wurde (Leistungsgruppe 1), während es sich bei fast zwei Dritteln um ungelernte Arbeiterinnen handelte, die lediglich 1 799 DM monatlich erzielten. Dagegen waren drei Viertel der weiblichen Angestellten den Leistungsgruppen II oder III zugeordnet, die neben einer abgeschlossenen Berufsausbildung besondere Fachkenntnisse und selbständige Tätigkeiten voraussetzen. Die Durchschnittsgehälter lagen bei 3 437 DM (Leistungsgruppe II) bzw. 2 385 DM (Leistungsgruppe III) und übertrafen die Einkommen der Leistungsgruppe V (etwa ein Zehntel der Teilzeitkräfte) deutlich. Diese Angestellten ohne Berufsausbildung verdienten mit lediglich 1 685 DM monatlich sogar weniger als die ungelernten Arbeiterinnen. Ein Blick auf den Ausbildungsstand verdeutlicht die Situation. Neun von zehn teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen hatten einen Volks-, Haupt- oder Realschulabschluß. Davon hatte aber nur ein knappes Drittel der Arbeiterinnen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Anteil der Angestellten, einschließlich Abiturientinnen, mit abgeschlossener Berufsausbildung belief sich dagegen auf

83 %. Damit entsprach der Ausbildungsstand im wesentlichen dem der vollzeitbeschäftigten Frauen.

Teilzeitbeschäftigte Frauen meist in Lohnsteuerklasse V – Schichtarbeit ist Ausnahme

Vier von fünf teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen waren zum Zeitpunkt der Erhebung verheiratet. Im einzelnen waren 57 % der Frauen in Lohnsteuerklasse V, wo sie mit durchschnittlich 22 Wochenstunden die mit Abstand niedrigsten Arbeitszeiten aufwiesen. 13 % der Werkstätigen waren in Lohnsteuerklasse IV und immerhin 9 % sogar in Lohnsteuerklasse III. Die längste vereinbarte Arbeitszeit von 26,2 Stunden hatten die 14 % der Teilzeitkräfte in Lohnsteuerklasse I. Diese war bei den vollzeittätigen Arbeitnehmerinnen mit 47 % noch am häufigsten vertreten. Dafür waren die Besetzungszahlen bei den verheirateten Frauen (47 %) geringer. Nur 11 % der Arbeitnehmerinnen waren beispielsweise in der Lohnsteuerklasse V. Bei den Vollzeitkräften wichen die Arbeitszeiten für die verschiedenen Lohnsteuerklassen kaum voneinander ab.

Der Beschäftigungsmodus der teilzeitbeschäftigten Arbeiterinnen, von denen mehr als neun Zehntel während der Normalarbeitszeit tätig waren, weicht erheblich von dem der vollzeittätigen Lohnempfängerinnen ab. Während jede fünfte Vollzeitkraft Schichtarbeit leistete, war dies bei den Teilzeitkräften noch nicht einmal jede zwanzigste. Bei der Nachtarbeit war das Mißverhältnis etwas geringer, doch auch hier war der Anteil der davon betroffenen Arbeiterinnen im Vergleich zu ihren Kolleginnen mit reduzierter Arbeitszeit etwa dreimal so hoch. Demzufolge ging von den speziell für Schicht-, Nacht- oder Sonntagsarbeit vergüteten Zulagen nur ein geringer Einfluß auf die Höhe der Durchschnittsverdienste aus. Bei den weiblichen Angestellten spielten die verschiedenen Sonderarbeitsformen, unabhängig von der Dauer der Arbeitszeit, nur eine untergeordnete Rolle.

Diplom-Volkswirt Thomas Kirschev

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	3 986	4 010	4 003	4 004	4 006	4 018
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 895	1 876	913	1 213	1 538	631 ^p	846 ^p	1 137 ^p	1 597 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	5,6	3,0	3,6	4,7	1,8 ^p	2,7 ^p	3,3 ^p	4,8
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 411	3 473	3 345	3 370	3 432	2 849 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,4	10,9	9,9	10,4	8,3 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 646	3 601	3 861	3 749	3 494	3 286 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	12,6	11,0	10,6	9,6 ^p
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	17	18	19	19	21	17 ^p
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,0	5,2	6,0	5,4	6,2	5,4 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	– 236	– 128	– 516	– 379	– 62	– 437 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 0,7	– 0,4	– 1,7	– 1,1	– 0,2	– 1,3 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 520	8 948	7 413	8 190	8 881	8 549
Fortgezogene	Anzahl	7 397	7 381	5 855	6 516	7 356	8 235
Wanderungssaldo	Anzahl	2 123	1 567	1 558	1 674	1 525	314
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 777	13 861	11 537	12 269	13 080	13 179
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 782	163 768	179 694	168 762	161 893	175 875	175 303	166 002	158 880
Männer	Anzahl	87 062	94 978	110 296	100 696	94 501	103 441	103 900	96 369	90 774
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 954	10 360	.	12 274	.	.	.	11 062	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	47 287	50 739	.	54 268	.	.	.	51 194	.
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,5	9,2	10,1	9,5	9,1	9,9	9,9	9,3	8,9
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,4	10,3	11,3	10,6	10,2	11,0	11,0	10,4	9,8
Offene Stellen	Anzahl	22 792	24 137	25 063	27 723	27 880	22 717	27 062	29 816	31 888
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	758	700	.	651	.	.	.	718	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 445	4 800	.	4 132	.	.	.	5 074	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 817	7 114	14 434	12 229	8 607	5 541	7 774	6 428	5 802
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾	t	13 585	12 943	12 196	13 190	14 098	13 047	11 055	12 835	12 369
Rinder	t	3 460	3 348	3 054	3 429	3 553	3 555	2 919	3 458	3 392
Kälber	t	31	33	28	47	32	28	20	27	36
Schweine	t	9 995	9 453	9 036	9 598	10 348	9 367	8 035	9 253	8 729
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	64 801	62 957	56 626	63 158	65 779	61 143	55 282	61 129	64 852
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1000	15 786	15 626	15 579	16 181	15 732	15 631	15 733	17 012	15 764
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{9) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 195	...	2 325	2 324	2 323	2 277	2 269	2 268	2 268
Beschäftigte	1000	312	...	310	310	310	308	309	309	310
Arbeiter ¹¹⁾	1000	202	...	199	200	200	197	198	199	199
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 463	...	25 713	26 077	28 166	26 257	25 687	27 932 ^f	27 086
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 657	...	1 504	1 533	1 569	1 568	1 514	1 569	1 597
Löhne	Mill. DM	892	...	805	820	846	837	809	842	859
Gehälter	Mill. DM	765	...	699	713	723	731	705	727	738
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 672	...	8 533	9 145	10 154	8 782	9 089	10 280	9 855
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 537	...	3 643	3 772	4 305	3 817	3 852	4 356	4 127
Exportquote ¹²⁾	%	40,8	...	42,7	41,2	42,4	43,5	42,4	42,4	41,9

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 11) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 12) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	7 259	...	-	8 038	-	-	5 065	-	
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	7 989	...	-	8 229	-	-	10 007	-	
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	80	...	-	89	-	-	75	-	
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	40	...	-	48	-	-	41	-	
schweres Heizöl	1 000 t	41	...	-	41	-	-	34	-	
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 108	...	1 097	1 164	1 175	1 149	1 112	1 138	
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	243	...	208	218	213	187	184	187	
								187	163	
Öffentliche Energieversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	386	410	430	462	404	728	635	661	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	27	24	25	26	24	31	28	25	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	359	386	405	436	380	697	608	636	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	64	73	85	111	63	120	74	100	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,07	0,12	0,14	0,08	0,09	0,25	0,14	0,20	...
Wärmekraft	Mill. kWh	295	313	320	325	317	577	533	535	...
Steinkohle	Mill. kWh	98	80	85	90	75	92	79	60	...
Erdgas	Mill. kWh	186	217	206	203	217	475	444	465	...
Heizöl	Mill. kWh	1,47	5,88	19,01	21,09	12,83	1,21	0,90	0,05	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	10	10	11	11	9	10	11	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	9	12	11	12	16	20	18	18	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	6	7	8	7	10	12	9	9	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 233	3 169	3 028	3 170	2 912	3 382	3 281	3 521	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 607	1 483	1 376	1 508	1 223	1 764	1 747	1 877	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	1 994	2 085	2 069	2 110	2 084	2 335	2 160	2 298	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,94	0,35	0,14	0,22	0,04	1,01	0,70	0,06	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 404	5 412	6 218	5 632	5 449	7 717	6 760	6 882	...
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 403	5 369	6 084	5 562	5 275	7 805	6 734	6 836	...
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1994=100	90	...	-	...	-	-	-	...	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994=100	91	...	-	...	-	-	-	...	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{6) 7)}										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 225	47 644	41 669	47 950	48 960	45 372	44 900	45 286	45 690
Facharbeiter	Anzahl	25 669	25 556	22 517	25 566	26 367	23 947	23 581	23 663	23 929
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 940	8 474	7 043	8 493	8 719	7 845	7 894	8 299	8 471
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 707	4 754	3 192	4 665	5 744	3 416	3 351	4 750	4 766
Hochbau insgesamt	1 000	2 982	3 038	2 140	2 983	3 570	2 331	2 221	2 945	2 931
Wohnungsbau	1 000	1 878	1 967	1 319	1 940	2 344	1 503	1 466	1 953	1 936
gewerblicher Hochbau	1 000	816	798	618	777	900	634	573	739	739
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	754	730	588	727	841	586	532	674	706
Bahn und Post	1 000	28	44	8	29	18	40	31	48	20
landwirtschaftlicher Bau	1 000	35	24	22	21	41	8	10	17	13
öffentlicher Hochbau	1 000	288	274	203	266	326	194	182	253	256
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	69	66	43	67	79	46	34	48	45
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	219	208	160	199	247	148	148	205	211
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 716	1 052	1 682	2 174	1 085	1 130	1 805	1 835
gewerblicher Tiefbau	1 000	459	448	295	425	520	316	326	489	504
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	354	361	207	337	427	241	265	374	380
Bahn und Post	1 000	104	88	88	88	93	75	61	115	124
öffentlicher Tiefbau	1 000	580	565	408	577	702	403	406	648	631
Straßenbau	1 000	687	703	349	680	952	366	398	668	700
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	199	147	181	201	172	155	178	195
Löhne	Mill. DM	156	154	109	138	157	130	114	136	153
Gehälter	Mill. DM	43	46	39	43	44	42	41	42	42
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	631	676	353	513	675	495	427	672	618

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Meßdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	913	1 009	802	1 146	1 146	849	970	1 323	1 146
mit 1 Wohnung	Anzahl	587	704	552	789	787	569	736	952	823
mit 2 Wohnungen	Anzahl	188	195	170	223	240	204	161	243	203
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	110	80	134	119	76	73	128	120
Umbauter Raum	1000 m ³	1 067	1 117	857	1 258	1 319	919	1 008	1 548	1 247
Wohnfläche	1000 m ²	189	197	152	222	228	164	178	254	221
Wohnräume	Anzahl	8 584	9 044	6 803	10 018	10 250	7 313	7 830	11 497	9 578
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	461	482	368	542	571	395	429	628	534
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	4	1	1	6	2	2	1	2
Unternehmen	Anzahl	109	146	130	157	107	164	148	153	129
Private Haushalte	Anzahl	801	860	671	988	1 033	683	820	1 169	1 015
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	184	131	134	188	156	137	176	196
Umbauter Raum	1000 m ³	741	881	900	591	764	805	558	786	747
Nutzfläche	1000 m ²	123	143	110	97	131	121	102	138	130
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	174	192	210	124	183	226	117	174	150
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	18	10	12	23	17	13	14	19
Unternehmen	Anzahl	136	155	116	107	159	132	119	155	162
Private Haushalte	Anzahl	8	11	5	15	6	7	5	7	15
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 141	2 128	1 550	2 320	2 314	1 668	1 719	2 486	2 121
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 198	3 441	3 312	3 286	3 582	3 413	3 277
EU-Länder	Mill. DM	1 902	1 905	1 894	1 913	1 974	1 890	1 926
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	228	225	215	230	242	207	223
Dänemark	Mill. DM	49	59	50	96	59	54	61
Finnland	Mill. DM	26	28	28	28	28	29	22
Frankreich	Mill. DM	510	454	471	454	457	448	479
Griechenland	Mill. DM	23	27	25	30	25	22	24
Großbritannien	Mill. DM	279	290	301	272	304	273	275
Irland	Mill. DM	13	13	15	16	20	13	16
Italien	Mill. DM	234	242	240	244	254	240	246
Niederlande	Mill. DM	203	211	208	204	216	230	209
Österreich	Mill. DM	131	134	124	126	143	163	136
Schweden	Mill. DM	60	56	58	62	63	47	47
Spanien	Mill. DM	121	141	136	126	141	140	161
Portugal	Mill. DM	24	25	22	25	24	25	27
USA und Kanada	Mill. DM	225	253	238	269	257	263	262
Japan	Mill. DM	84	83	97	60	88	76	63
Entwicklungsländer	Mill. DM	443	529	489	475	551	470	436
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	217	301	242	257	338	327	287
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 315	2 312	2 173	2 421	2 385	2 237	2 303
EU-Länder	Mill. DM	1 534	1 455	1 447	1 566	1 491	1 407	1 508
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	230	247	246	207	215	206	240
Dänemark	Mill. DM	47	45	42	42	37	56	24
Finnland	Mill. DM	11	9	6	10	9	8	17
Frankreich	Mill. DM	468	359	365	406	383	366	318
Griechenland	Mill. DM	3	2	1	1	3	1	3
Großbritannien	Mill. DM	106	108	105	115	106	88	215
Irland	Mill. DM	20	20	17	35	12	58	17
Italien	Mill. DM	174	166	175	179	174	180	181
Niederlande	Mill. DM	219	239	216	244	247	237	279
Österreich	Mill. DM	71	77	66	87	67	65	63
Schweden	Mill. DM	57	44	66	45	52	36	27
Spanien	Mill. DM	104	114	114	179	161	88	107
Portugal	Mill. DM	23	25	27	16	25	19	19
USA und Kanada	Mill. DM	157	160	161	172	198	139	170
Japan	Mill. DM	99	82	57	85	105	69	71
Entwicklungsländer	Mill. DM	166	186	143	160	196	217	157
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	196	135	214	186	174	171

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	99,5	98,4	97,3	97,8	97,8	98,7	97,1	98,8	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	102,7	104,1	101,2	102,6	102,7	107,5	105,2	107,8	...
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,0	101,5	87,2	103,0	108,8	89,7	84,8	108,5	...
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,5	97,7	97,2	97,8	97,4	96,4	96,7	97,8	...
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,6	103,9	91,1	98,4	111,1	92,3	91,5	110,6	...
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,3	95,2	88,9	93,1	94,8	92,7	92,5	93,6	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	99,7	97,5	90,9	95,9	97,0	93,9	94,0	97,7	...
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,6	96,1	79,1	91,7	94,1	78,4	76,1	86,7	...
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	512	507	269	351	437	247	272	365	...
Ausländer	1000	101	101	56	62	78	43	58	60	...
Übernachtungen	1000	1 728	1 626	845	1 143	1 353	748	845	1 038	...
Ausländer	1000	316	308	178	183	217	110	181	149	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 336	1 364	1 175	1 397	1 500	1 345	1 196	1 424	...
Güterversand	1000 t	788	803	757	858	946	682	701	828	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 607	15 873	13 892	20 265	20 573	13 770	14 502	24 109	17 163
Krafträder	Anzahl	1 285	1 512	1 377	3 100	3 083	537	1 219	2 819	2 656
Personenkraftwagen	Anzahl	13 313	13 235	11 591	16 001	16 130	12 241	12 255	19 731	13 140
und „M 1“ Fahrzeuge										
Lastkraftwagen	Anzahl	678	799	610	698	862	719	669	959	858
Zugmaschinen	Anzahl	192	192	185	243	292	171	220	383	280
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 467	1 488	1 099	1 356	1 459	1 164	1 088	1 314	1 370 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 956	8 007	7 248	7 247	7 753	7 680	7 442	7 487	7 749 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	1 981	2 025	1 487	1 841	2 002	1 589	1 484	1 812	1 872 ^p
Getötete	Anzahl	31	32	17	31	43	25	20	28	30 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	13	22	26	19	11	13	21 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	1	6	7	1	3	8	3 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	2	3	–	1	5	1 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	4	2	1	6	5	5	2	4 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	497	490	381	471	471	374	351	442	390 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	285	266	264	264	245	227	215	306	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	97	37	85	106	38	40	63	...
Radfahrer	Anzahl	52	56	23	50	51	22	32	30	...
Fußgänger	Anzahl	56	50	47	52	50	77	54	34	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	102	104	96	86	120	91	103	124	112
Angemeldete Forderungen	1000 DM	67 528	75 825	73 417	47 923	99 900	78 175	41 820	99 089	121 676
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	–	–	–	–	–	–	–

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997					1998		
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	142 495	155 992	-	145 641	-	-	-	159 291	-
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	139 651	151 431	-	142 140	-	-	-	153 976	-
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	24 069	25 244	-	24 561	-	-	-	24 913	-
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	23 193	23 874	-	23 666	-	-	-	23 830	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	876	1 370	-	895	-	-	-	1 083	-
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 374	11 556	-	11 202	-	-	-	11 935	-
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	9 642	9 977	-	9 560	-	-	-	10 249	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 732	1 579	-	1 642	-	-	-	1 686	-
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	104 208	114 631	-	106 377	-	-	-	117 128	-
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	90 490	99 743	-	92 680	-	-	-	101 298	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 718	14 888	-	13 697	-	-	-	15 830	-
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	121 319	126 194	-	120 831	-	-	-	126 302	-
Sichteinlagen	Mill. DM	23 913	25 273	-	22 184	-	-	-	24 472	-
Termineinlagen	Mill. DM	39 399	40 417	-	39 989	-	-	-	40 935	-
Spareinlagen	Mill. DM	58 007	60 504	-	58 658	-	-	-	60 895	-
Steuern ²⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern ³⁾	Mill. DM	3 228	3 344	3 472	3 065	2 375	3 130	3 566	3 325	2 796
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 362	1 359	1 363	1 377	548	1 147	1 355	1 471	630
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 088	1 416	740	796	1 115	1 398	822	804
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	182	179	632	-	-	-	634	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	20	- 136	227	- 239	- 176	- 187	157	- 243
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	50	57	10	4	14	674	8	33	37
Zinsabschlag	Mill. DM	46	41	87	12	12	129	78	13	17
Einnahmen aus der Zinsab- schlagserlegung	Mill. DM	23	59	72	-	-	-	60	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	143	153	- 14	393	- 36	- 594	58	447	15
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	13	12	16	-	-	-	2	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 865	1 986	2 109	1 688	1 827	1 984	2 211	1 854	2 166
Umsatzsteuer	Mill. DM	686	684	810	534	577	689	819	407	608
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 179	1 302	1 300	1 154	1 250	1 295	1 392	1 447	1 558
Zölle	Mill. DM	201	218	242	198	203	188	211	197	210
Bundessteuern	Mill. DM	533	250	100	314	178	110	92	307	148
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	439	153	29	197	127	16	26	218	108
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	85	87	51	106	43	84	39	78	30
Landessteuern	Mill. DM	143	111	31	98	100	141	112	157	133
Vermögensteuer	Mill. DM	40	5	6	7	5	5	3	4	2
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	58	65	54	58	79	77	68	86	84
Biersteuer	Mill. DM	8	7	7	6	6	8	6	7	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 3) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	772	782	.	713	699	...
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	.	7	8	...
Grundsteuer B	Mill. DM	146	154	.	134	150	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	536	536	.	485	479	...
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	63	.	70	45	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 127	1 977	1 957	1 716	1 531	2 618	1 942	1 945	1 712
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	639	649	653	615	351	867	661	661	375
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	945	1 069	1 200	787	977	1 636	1 181	977	1 165
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 088	1 067	960	979	655	1 038	1 071	1 014	776
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	545	537	527	568	179	489	529	611	216
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	372	391	391	313	299	391	410	246	344
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 175	1 170	.	869	840	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	425	432	.	427	388	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	514	493	.	215	231	...
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1991 = 100	114,1	116,1	115,6	115,5	115,3	116,5	116,9	116,6	116,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,6	111,2	110,7	110,5	110,9	112,3	112,3	112,1	112,6
Preisindex für Wohngebäude im früheren Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	115,3	114,8	114,9	.	.	.	114,4	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 320	4 387	.	.	4 427	4 367
Arbeiter	DM	4 485	4 545	.	.	4 589	4 518
Arbeiterinnen	DM	3 146	3 210	.	.	3 226	3 246
Bruttostundenverdienste	DM	25,99	26,39	.	.	26,51	26,60
Arbeiter	DM	26,84	27,21	.	.	27,32	27,45
Facharbeiter	DM	28,54	29,01	.	.	29,10	29,32
Angelernte Arbeiter	DM	25,70	25,99	.	.	26,13	26,14
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,61	.	.	22,72	22,96
Arbeiterinnen	DM	19,68	20,06	.	.	20,18	20,14
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,06	19,34	.	.	19,46	19,45
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,2	.	.	38,4	37,8
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	.	.	38,7	37,9
Arbeiterinnen	Std.	36,8	36,8	.	.	36,8	37,1
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 131	6 221	.	.	6 230	6 295
Kaufmännische Angestellte	DM	5 560	5 669	.	.	5 662	5 747
Männer	DM	6 502	6 601	.	.	6 588	6 682
Frauen	DM	4 514	4 624	.	.	4 626	4 681
Technische Angestellte	DM	6 577	6 645	.	.	6 666	6 724
Männer	DM	6 730	6 787	.	.	6 814	6 868
Frauen	DM	5 026	5 186	.	.	5 172	5 263
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 422	4 511	.	.	4 497	4 561
Kaufmännische Angestellte	DM	4 409	4 491	.	.	4 479	4 547
Männer	DM	5 104	5 147	.	.	5 141	5 203
Frauen	DM	3 792	3 874	.	.	3 859	3 923

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ab 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20a FAG. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997					1998		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	81 895	...	82 018	82 020	82 020
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 608	35 130 ^p	13 850 ^p	16 764 ^p	22 236 ^p	38 932 ^p	12 917 ^p	15 754 ^p	22 250 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	66 334	67 506 ^p	69 878 ^p	64 631 ^p	62 318 ^p	64 193 ^p	63 146 ^p	61 243 ^p	66 323 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 570	71 396 ^p	83 933 ^p	75 132 ^p	70 317 ^p	75 319 ^p	73 537 ^p	71 939 ^p	80 269 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 7 236	– 3 890 ^p	– 14 055 ^p	– 10 501 ^p	– 7 999 ^p	– 11 126 ^p	– 10 391 ^p	– 10 696 ^p	– 13 946 ^p
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 658	4 672	4 477	4 522	4 823	4 819	4 623
Männer	1 000	2 112	2 342	2 634	2 647	2 477	2 405	2 640	2 662	2 522
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,4	11,4	12,2	12,2	11,7	11,8	12,6	12,6	12,1
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,5	12,7	13,5	13,5	13,0	13,1	14,0	14,0	13,4
Offene Stellen	1 000	327	337	297	338	372	304	338	394	446
Kurzarbeiter	1 000	277	183	293	329	286	120	146	172	170
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{6) 7)}										
Beschäftigte	1 000	6 520	6 416	6 424	6 417	6 413	6 388	6 344	6 345	6 365
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	540	533	535	523	523	493	520	524	571
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	173 275	183 374	164 295	165 363	175 610	190 501	169 401	174 443	203 863
Auslandsumsatz	Mill. DM	51 438	58 117	50 622	52 720	54 932	61 836	54 879	58 683	67 363
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1991 = 100	95,7	99,7	90,9	92,7	96,1	98,1	94,4	98,8 ^f	112,0
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	98,1	103,9	94,8	96,0	100,0	96,3	101,3	103,2 ^f	114,9
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	95,6	100,1	86,3	91,5	92,6	110,5	88,8	98,2	116,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	85,1	85,9	81,8	84,0	95,4	76,0	80,0	91,3 ^f	102,4
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	96,5	95,4	95,4	91,0	92,5	91,5	95,7	91,9 ^f	99,7
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 468	40 392	48 859	41 209	41 927	44 683	45 745	41 399	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 975	31 143	35 439	33 534	32 745	36 937
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{8) 9)}										
Beschäftigte	1 000	1 312	1 221	1 144	1 112	1 214	1 193	1 111	1 078	1 101
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	130	123	71	88	116	94	82	83	111
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	18 109	17 530	10 238	11 223	14 348	21 292	10 786	10 896	16 247
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 772	18 433	13 951	14 967	18 134	18 401	14 069	13 704	19 706
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 021	16 223	11 869	12 700	15 845	16 014	12 539	12 307	17 976
Wohnfläche	1 000 m ²	3 779	3 639	3 009	3 321	3 611	3 676	2 703	2 601	3 552
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 337	3 355	2 604	2 688	2 920	3 114	2 583	2 610	3 432
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 031	44 110	39 102	43 767	42 918	45 218	31 624	30 479	38 588
Handel und Gastgewerbe ¹⁰⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,3	101,1	94,8	89,0	101,7	118,8	92,6	88,9	108,8
Großhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,1	101,5	92,4	90,2	98,6	100,6	93,4	93,2	111,6
Gastgewerbe										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,5	96,7	80,4	80,9	92,1	94,8	80,8	80,6	88,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen. (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 8) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 9) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich. – 10) Vorläufige Ergebnisse. – 11) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997					1998		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	65 745	73 898	64 246	67 945	70 443	77 324	73 882	77 262	83 688
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 725	40 971	36 820	39 495	40 271	42 021	43 228	44 927	45 407
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	4 153	4 300	4 011	4 223	4 570	4 337	3 934	4 661	4 516
Frankreich	Mill. DM	7 268	7 869	7 181	7 859	7 718	7 976	8 404	8 755	8 986
Großbritannien	Mill. DM	5 306	6 252	5 487	5 741	5 905	6 182	6 463	6 914	6 826
Italien	Mill. DM	4 939	5 444	4 683	5 297	5 376	6 249	5 591	6 254	6 229
Niederlande	Mill. DM	5 023	5 168	4 600	5 082	5 029	5 139	5 999	5 541	5 572
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	57 533	62 989	59 025	58 718	60 433	65 005	67 899	65 318	70 936
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	32 358	34 173	30 777	33 245	33 877	35 894	37 939	36 333	37 434
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	3 659	3 877	3 238	3 753	3 897	4 075	3 868	3 670	3 522
Frankreich	Mill. DM	6 136	6 606	6 020	6 681	6 589	6 364	7 998	6 854	8 394
Großbritannien	Mill. DM	3 957	4 383	3 950	4 084	4 257	4 933	4 475	4 891	5 001
Italien	Mill. DM	4 862	4 909	4 418	4 803	4 848	4 786	5 318	5 001	5 151
Niederlande	Mill. DM	5 091	5 345	4 784	5 140	5 401	5 519	6 395	5 800	5 083
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 675	4 960	4 687	4 720	4 757	4 960	4 982	5 012	5 062 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 536	3 760	3 529	3 553	3 576	3 760	3 768	3 786	3 824 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 139	1 200	1 158	1 167	1 181	1 200	1 214	1 226	1 238 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 930	3 020	2 883	2 887	2 912	3 020	2 987	2 999	2 992 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	1 143	1 182	1 150	1 155	1 156	1 182	1 185	1 189	1 186 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ²⁾	Mill. DM	46 997	46 952	46 666	38 188	50 760	86 346	46 560	38 440	51 882
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 484	26 150	25 911	15 679	33 941	62 850	26 513	15 681	34 740
Lohnsteuer	Mill. DM	20 940	20 723	22 090	17 520	17 257	38 374	22 245	17 883	18 232
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	968	480	- 1 514	- 2 905	6 699	10 858	- 1 852	- 3 305	4 420
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 767	20 075	20 714	22 419	16 811	21 433	19 888	22 501	17 142
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 698	16 661	18 028	19 150	13 925	17 597	16 610	18 868	13 320
Zölle	Mill. DM	549	575	457	592	491	550	502	550	549
Bundessteuern	Mill. DM	11 489	11 272	4 003	9 638	11 641	24 935	4 210	9 088	10 875
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 196	1 177	778	4 552	1 048	601	784	4 587	1 045
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 115	7 935	1 146	3 684	7 881	19 551	1 244	3 463	7 754
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1991 = 100	105,6	107,5	106,7	106,7	107,4	107,0	106,6	106,9	106,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1991 = 100	91,1	92,5	89,3	89,6	90,9	93,0	92,2	93,3	92,7
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1991 = 100	103,5	104,7	104,1	104,1	104,1	104,9	104,8	104,8	104,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	116,7	116,0	-	116,2	-	-	-	115,3	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1991 = 100	117,0	116,4	-	116,6	-	-	-	115,7	-
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,7	106,0	-	106,5	-	-	-	105,2	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	116,5	118,6	117,6	118,1	117,9	119,1	119,1	119,4	119,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,2	111,0	110,1	110,3	110,1	111,4	112,0	112,1	111,9
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,5	109,0	108,8	108,8	108,9	109,3	109,1	109,1	109,2
Wohnungsmieten	1991 = 100	137,9	141,6	140,2	140,6	140,8	142,7	143,1	143,4	143,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	103,3	105,1	106,9	105,7	104,3	105,3	104,2	104,1	103,3
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	110,2	110,8	110,5	110,6	110,6	111,0	111,1	111,2	111,3
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	115,0	119,1	115,7	116,7	116,7	122,0	122,0	122,2	122,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	115,7	116,6	116,1	116,2	116,3	116,6	116,3	116,2	115,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	111,6	114,3	114,3	114,3	114,3	114,8	115,1	115,3	115,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	123,3	125,9	121,5	126,3	125,1	125,4	123,9	127,7	126,3

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im Mai 1998**

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu Mai 1997 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	117,3	1,3
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	113,8	1,9
Bekleidung, Schuhe	110,3	0,5
Wohnungsmieten	130,2	1,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	100,4	- 0,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	112,6	0,9
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	119,5	4,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116,0	0,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	114,0	0,7
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	124,2	0,5
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	117,9	1,5
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	117,3	1,0
2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	120,5	2,5
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	119,9	1,3

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Novelliertes Agrarstatistikgesetz führt zur Entlastung der Landwirte

Nach der am 1. Juli 1998 in Kraft getretenen Agrarstatistikgesetznovelle müssen sich in Zukunft deutlich weniger landwirtschaftliche Betriebe an statistischen Erhebungen beteiligen. Von der Anhebung und Harmonisierung der unteren Erfassungsgrenzen profitieren in erster Linie die kleineren Betriebe. Zugleich werden die Erhebungen deutlich vereinfacht. Die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Basiserhebungen über Boden-

nutzung, Viehbestände und Arbeitskräfte und damit die Verringerung der Erhebungstermine und des Umfangs der Fragebogen entlastet nicht nur die Betriebe, sondern auch die kommunalen Erhebungsstellen. Außerdem werden bestimmte Teile der Statistiken von Total- auf Stichprobenerhebungen umgestellt. Zudem dürfen zukünftig für statistische Auswertungen auch Verwaltungsdaten genutzt werden, was zur Vermeidung von Doppelbefragungen bei den Landwirten führt. Neu in das Erhebungsprogramm aufgenommen wurden Fragen zum immer wichtiger werdenden ökologischen Landbau.

Mit der Gesetzesänderung wird auch die Landwirtschaftszählung 1999 und die Weinbauerhebung 1999 angeordnet. Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen ergibt sich auch hier eine Straffung des Merkmalskataloges. Für große Teile der Weinbauerhebung wird darüber hinaus die von der Landwirtschaftskammer geführte Weinbaukartei genutzt.

Über die Einzelheiten der neuen Regelungen und ihre Auswirkungen auf die künftige Durchführung der Erhebungen sowie die Ergebniserstellung wird demnächst in einem besonderen Aufsatz berichtet. Ix

**Neuerscheinungen auf einen Blick
Statistische Berichte**

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im April 1997

Prognosen

Regionale Bevölkerungsprognose 1996-2011

Landwirtschaft

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung Januar - März 1998
Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 1997

Wirtschaft, Verkehr, Fremdenverkehr

Gewerbeanzeigen im Februar 1998
Elektrizitäts- und Gasversorgung im März 1998
Baugenehmigungen im April 1998
Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel und im Gastgewerbe im April 1998
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Februar 1998
Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1997
Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz.-Anhängern am 1. Januar 1998
Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1. Januar 1998
Daten zur Konjunkturlage im April 1998

Preise

Verbraucherpreise im April 1998
Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Mai 1998

Band 368 der Statistik von Rheinland-Pfalz

Die Landwirtschaft 1997

Mit Vergleichszahlen seit 1949



Der Band gewährt mit seinen ausgewählten Ergebnissen aus der Agrarstatistik für das Jahr 1997, ergänzt um Vergleichszahlen früherer Jahre, einen aktuellen, sachlich und regional tiefgegliederten Einblick in die landwirtschaftliche Betriebs- und Produktionsstruktur.

Neben den Ergebnissen der laufenden jährlichen Statistiken wurden wieder neueste Strukturdaten für landwirtschaftliche Betriebe und Informationen über Arbeitskräfte sowie die Anbauentwicklung im Obstbau aufgenommen. Hinzugekommen sind ferner aktuelle Daten aus der 1997 durchgeführten Flächenerhebung und eine Zusammenfassung der von der Landwirtschaftskammer im Rahmen des bundesweiten Testbetriebsnetzes für Rheinland-Pfalz ausgewerteten Buchführungsergebnisse.

Die Ergebnisse werden, soweit sie nicht aus Stichprobenerhebungen stammen, in der Regel auch für kreisfreie Städte und Landkreise, beim Weinbau für Anbauggebiete und Bereiche, nachgewiesen. Dem Tabellenteil sind kurze Beschreibungen der einzelnen Erhebungen vorangestellt. Zusammengefaßte Tabellen für die anderen Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten ermöglichen überregionale Vergleiche.

Der Band 368 ist beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz zum Preis von 12,30 DM zuzüglich Versandkosten erhältlich. Erstmals sind die Texte und Tabellen des vorliegenden Bandes auch auf einer 3,5" Diskette zum Preis von 30,00 DM zuzüglich Versandkosten lieferbar.

Bestelladresse: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz,
56128 Bad Ems, Telefon: 0 26 03 - 71 245, Telefax: 0 26 03 - 71 315

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da die Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.